

Zeitschrift aus der Politischen Gruppe DIE LINKE im Stadtrat –
in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik München



Ritter Efdedes Kampf mit dem Drachen

Neulich im Stadtrat – mehr auf Seite 7

Politische Gruppe DIE LINKE im Stadtrat München

Anschrift: Politische Gruppe DIE LINKE im Stadtrat,
Rathaus, Zimmer Nr. 176, Marienplatz 8,
80331 München

E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

Internet: www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Telefon: 089 – 233-25235 **Fax:** 089 – 233-28108

Sprechzeiten

Orhan Akman	Montag	17 Uhr – 18.30 Uhr
Brigitte Wolf	Donnerstag	17 Uhr – 18.30 Uhr
Dagmar Henn	Freitag	10.30 Uhr – 12 Uhr

Ausschussmitgliedschaften:

Orhan Akman: • Arbeit und Wirtschaft • Gesundheits-
ausschuss • Kreisverwaltungsausschuss • Verwal-
tungs- und Personalausschuss

Dagmar Henn • Kinder- und Jugendhilfeausschuss
• Kommunalausschuss • Umweltschutzausschuss •

Schul- und Sportausschuss • Sozialausschuss

Brigitte Wolf • Bauausschuss • Finanzausschuss

• Kulturausschuss • Stadtentwässerungsausschuss

• Stadtplanung und Bauordnung

Das Forum Linke Kommunalpolitik München ist über das Büro
der offenen Liste der LINKEN, Stadträtin Brigitte Wolf,
zu erreichen. Es bietet Interessierten die Möglichkeit,
sich mit Politik der LINKEN im Stadtrat kontinuierlich
auseinanderzusetzen.

Kreisverband der Partei DIE LINKE.München

Anschrift: DIE LINKE.München,
Schwanthalerstr. 139, 80339 München

Telefon: 089 – 510 995-14 **Fax:** -16

E-Mail: vorstand@dielinke-muc.de

Internet: www.dielinke-muc.de

Beilage zu MitLinks Nr. 25 – Juli 2008

Türkei-Report Juni 2008 – Ein Delegationsbericht – Zusammengestellt von Orhan Akman

ORHAN AKMAN:

Das Land der Verbote, der Militärputsche und des Staatsterrors – Türkei: Einen Schritt vorwärts, drei Schritte rückwärts

Mit Hintergrundinformationen • Die Struktur der türkischen
Gewerkschaften • Der „Nationale Sicherheitsrat“ (NSR)
• Wesentliche Stationen der türkischen Gewerkschafts-
bewegung • Hürden vor der Koalitionsfreiheit • Militär-
putsch: Eine „Spezialität“ des türkischen Kapitals

WILLHELM FROHN:

15 türkische Gewerkschafter der TÜMTIS freigelassen!

Ein Bericht aus Ankara als Mitglied einer internationalen
Gewerkschafterdelegation (6. – 8. Juni 2008)

KENAN ÖZTÜRK, Vorsitzender der Gewerkschaft der
Gewerkschaft TÜMTIS:

Dankschreiben an die Solidaritätsbewegung

Zu beziehen auch über www.orhan-akman.de

Inhalt MitLinks Nr. 25, Juli 2008

- S. 3 Kein Mangel an schönen Worten. Bericht
aus dem Stadtrat von BRIGITTE WOLF. MIT
Illustrationen von BERND BÜCKING
- S. 4 • Den Fahrausweis vorzeigen bitte!
Von DAGMAR HENN
- S. 7 • Sozialtarif: Stadtwerke versus
Gazprom. Von ORHAN AKMAN
- S. 8 Christopher Street Day (CSD) München
am 12. Juli 2008 – Brücken bauen zu
jedem Ufer. Von MARIO SIMEUNOVIC
- S. 8 Kampagne „Rettet die Versammlungs-
freiheit“ – Wie geht es jetzt weiter?
- S. 9 Kampagne Save Me begrüßt Unterstüt-
zungsbeschluss des Stadtrats
- S. 9 Der 2. S-Bahn-Tunnel – die endlose
Geschichte. Von ULRICH SEDLACZEK
- S. 11 Aus dem Tagebuch der Stadionkämpfer:
Neueste Entwicklungen rund ums Grün-
walder Stadion. Von DR. MARKUS DREES,
Freunde des Sechz'ger Stadions e.V.
- S. 12 1860 Amateure verlieren Spiel – Befür-
worter des Grünwalder Stadions gewin-
nen Hoffnung. Ein Spielbericht von J.K.
- S.13 Es wird unangenehm: Landtagswahl-
kampf in Bayern zum Schwerpunkt der
Faschisten erkoren. Über ein rls-Werk-
stattgespräch mit dem AIDA-Archiv be-
richtet. Von JOHANNES KAKOURES
- S. 15 „Die NPD und ihre Tarnorganisationen
müssen verboten werden“. Kundge-
bungsrede von BRIGITTE WOLF
- S. 16 Neues DTN-Dossier kritisiert geschichts-
revisionistische Auffassungen. Eine Lek-
türeempfehlung von RENATE HENNECKE
- S. 16 Deutsch-Tschechisches Wochenende „Für
eine gute Nachbarschaft“. Aus Anlass des
70. Jahrestags des „Münchner Diktats
von 1938“. Veranstaltungsankündigung
des Kurt-Eisner-Vereins – der Rosa
Luxemburg Stiftung in Bayern.
- S. 18/19 Auf beide Stimmen kommt es an! Was
bei der Landtags- und Bezirkstagswahl
in Bayern zu beachten ist – Von ULRICH
SEDLACZEK
- S. 20 Trotz Unterstützung aus dem Stadt-
viertel: Kein Denkmal für Weiße Rose?
Eine Zusammenstellung von BRIGITTE
WOLF
- Beilage: Türkei-Report Juni 2008 – Ein Delegationsbericht –
Zusammengestellt von Orhan Akman. Ausführlich
siehe Kasten links

Kein Mangel an schönen Worten

Bericht aus den Vollversammlungen von Brigitte Wolf, mit Kommentaren von Dagmar Henn und Orhan Akman. Illustriert von Bernd Bücking



Sondersitzung stoppt Ratsbegehren gegen den Transrapid. Auf einer Sondersitzung am 9. April zum Thema Transrapid beschloss der Stadtrat nach einer 2 ½ - stündigen Debatte einstimmig, das Ratsbegehren gegen den Transrapid abzusagen (s. auch MitLinks 24). Sachlich neue Argumente spielten in der Diskussion keine Rolle mehr, SPD und Grüne nutzten die Gelegenheit, in der offenen Wunde der Münchner CSU zu stochnern. Diese sieht sich als Kanonenfutter für den Transrapid, interpretiert dies als einen der Gründe für ihr schlechtes Abschneiden bei der Kommunalwahl. Im Landtagswahlkampf wird der Transrapid jedenfalls keine Rolle mehr spielen.

Stadtrat stoppt PPP-Projekt ohne Diskussion. Einen verwirrenden Verlauf nahm die Abstimmung über das geplante bzw. untersuchte PPP-Projekt (siehe Grafik) „Neubau der BOS/FOS Nordheide“. In der Beschlussvorlage wurden zwei Alternativen vorgestellt: Die Stadtkämmerei plädierte für ein reineres PPP-Modell ohne vorgeschalteten Wettbewerb, das Baureferat wollte auf den Wettbewerb und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten auf das Projekt nicht verzichten. Zu erwarten war, dass damit eine lange De-

PPP-Projekt der Kämmerei gescheitert

batte über das Für und Wider in der Vollversammlung eingeläutet würde. Doch es ging ohne Diskussion gleich in die Abstimmung: CSU, FDP und Freie Wähler unterstützten die Kämmerei, die SPD das Baureferat. Damit hatten beide Alternativen keine Mehrheit. Die Grünen beantragten daraufhin, das PPP-Modell nicht weiter zu verfolgen, sondern die BOS/FOS regulär vom Baureferat realisieren zu lassen. Diesen Antrag unterstützte eine Mehrheit aus SPD, Grüne, ÖDP und LINKE.

Damit wurden aber anscheinend nicht alle PPP-Projekte der Stadt gestoppt, sondern nur dieses Neubauprojekt. Zwei weitere Projekte (ebenfalls Schulneubauten mit anschließendem Schulbetrieb) werden anscheinend weiterhin geprüft.

Die Interpretation ist schwierig: Waren die Grünen eigentlich für den Vorschlag

der Kämmerei, wollten in dieser wichtigen Frage aber nicht zusammen mit der CSU die SPD überstimmen? Schließlich fanden ja gleichzeitig die „Koalitionsverhandlungen“ für die nächsten sechs Jahre statt. Ein PPP-Modell, bei dem Stadtrat und Bezirksausschüsse die gleichen Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte haben wie bei einem vom Baureferat betreuten Projekt, ist anscheinend nicht kostengünstiger zu haben.

Deutsches Theater: 80 Mio. Euro für Sanierung erforderlich. Der langfristige Erhalt des Deutschen Theaters ist gesichert. Der Umbau wird einige Jahre dauern, das Theater wird für die Zwischenzeit in ein Theaterzelt nach

Freimann ausgelagert. Durch ein reduziertes Bedarfsprogramm ist es gelungen, die ursprüngliche Kostenschätzung von ca. 120 Mio. Euro auf 80 Mio. zu reduzieren. Nach einer längeren Debatte über die Vorgeschichte (wer wollte die „Entsorgung des Deutschen Theaters“, wer hat dies verhindert, ...) mit Rückgriffen auf die Sanierung der Kammerspiele und das Scheitern des Transrapid genehmigte der Stadtrat am 7. Mai die vorgelegten Sanierungspläne. Die einzigen Gegenstimmen kamen von der FDP, die weiterhin für eine Privatisierung eintrat.

Einsam: FDP für Theaterprivatisierung

Kostenfreier Eintritt in der Galerie im Lenbachhaus? Eine Änderung der Gebührensatzung nutzte DIE LINKE, auch für die Galerie im Lenbachhaus einen kostenfreien Eintritt am Sonntag zu beantragen. Kulturreferent Küppers teilte daraufhin mit, dass das Thema in einer Sitzung nach der Sommerpause für alle städtischen Museen behandelt werden soll, der Antrag gilt als eingebracht und wird dann mit behandelt werden.

Sonntags ins Lenbachhaus?

Vorkaufsrecht: Stadt beharrt auf bisheriger Praxis.

Der Antrag aus einer Bürgerversammlung in Haidhausen, die bisherige Praxis bei der Ausübung des Vorkaufsrechts zu korrigieren, wurde gegen die Stimmen der LINKEN zurückgewiesen. Beantragt ▶



Den Fahrausweis vorzeigen bitte!

Von Dagmar Henn

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle genau über den aktuellen Stand beim Sozialticket berichten. Ich habe eine Anfrage dazu gestellt, die eigentlich bereits beantwortet sein müsste. Nur – es ging ihr wie dem Ticket selbst; sie ist unterwegs hängengeblieben.

Nein, das beunruhigt mich nicht wirklich. In den vergangenen Wochen habe ich schon Anträge erblickt, die über ein Jahr auf dem Buckel hatten, obwohl die Frist für Anträge drei Monate beträgt (bei Anfragen sind es drei Wochen). Wenn ich nervös werde, werfe ich einen Blick auf das Erfurter Programm der SPD; über hundert Jahre später ist gerade die Hälfte der damaligen Forderungen verwirklicht ... aber dieser Zustand des Ungewissen, diese Vorhölle des demokratischen Prozesses, ist dennoch nicht angenehm.

Das Sozialticket befindet sich in der Warteschleife. Die Ergebnisse der Marktforschungsstudie, die im letzten Herbst beschlossen wurde, werden wohl nicht vor diesem Herbst das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Und erst danach kommt es zu konkreten Entscheidungen, erst danach wird feststehen, ob den Interessen der Betroffenen Genüge getan werden wird. Die Fahrpreise sind allerdings erst einmal wieder gestiegen.

Die Warteschleife stellt die Geduld aller Unterstützer auf eine harte Probe. Politische Auseinandersetzungen brauchen nun einmal konkrete Gegenstände; für die

Beschleunigung eines bürokratischen Verfahrens geht niemand auf die Straße. Halb fertige oder nicht veröffentlichte Studien finden auch keine Resonanz in der Presse. Seit Monaten, genau genommen, seit dem Stadtratsbeschluss zur Studie im letzten September, wird die Initiative IsarCard S nur durch eines sichtbar – durch ihre Werbung für den München-Pass.

Aber man sollte sich nicht täuschen lassen. Die Informationen zum München-Pass, die großzügig verteilt wurden, haben durchaus eine politische Wirkung. Sie bringen mehr Betroffene dazu, den München-Pass zu nutzen und treiben den Preis für die Zwischenlösung, die fünfzehn Tageskarten, in die Höhe. Würden alle Berechtigten ihr Recht auch in Anspruch nehmen, ein echtes Sozialticket wäre schnell die kostengünstigere Lösung. Wer weiß, was sich in diesem verborgenen Bereich getan hat. (Natürlich könnte ich das durch eine Anfrage klären, aber: siehe oben).

Ich bin aber zuversichtlich – sollte der Vorschlag, den das Sozialreferat irgendwann im Herbst machen wird, nichts taugen, die Initiative würde schnell wieder an Fahrt gewinnen. Denn das Problem ist nicht verschwunden, ganz im Gegenteil. Die Armen werden ärmer, das bestätigt jeder Armutsbericht. Auch die Preissteigerungen der letzten Monate machen sich dort stärker bemerkbar, wo ohnehin wenig Geld da ist. Die Unterstützer der Initiative, ob Betroffene oder Einrichtungen, haben genau damit täglich zu tun. Und Übung darin, wie das Thema öffentlich gemacht werden kann, haben sie auch. Bis hin zum Bürgerbegehren war schon alles vorbereitet.

Also – mal sehen, ob München einen sozialen Fahrausweis hat. Die Kontrolleure jedenfalls stehen schon bereit.

► war einerseits, die Ausübungsschwelle für den Vorkauf abzuschaffen, andererseits die Einnahmeverluste, die aus den beabsichtigten Bindungen herühren, bei der Entscheidung über das Vorkaufsrecht nicht mehr zu berücksichtigen. Die Antwort aus dem Kommunalreferat: Wir machen alles richtig. Leider schloss sich der Stadtrat mit übergroßer Mehrheit dieser Sichtweise an.

Grundsicherung (SGB XII): Stadtrat erhöht Regelsatz auf 371,- Euro. Vor einigen Monaten hatte der Stadtrat ein Gutachten in Auftrag gegeben, mit dem geklärt werden sollte, ob der Regelsatz bei der

„Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit“ (d.h. SGB XII) den Lebenshaltungskosten in einer der teuersten Städte Deutschlands noch angemessen sei. Laut SGB XII (Sozialgesetzbuch XII) können nämlich Kommunen als freiwillige Leistung höhere Regelsätze festsetzen, falls ein solches Gutachten vorliegt. Beim ALG II (Arbeitslosengeld II) ist diese Möglichkeit gesetzlich ausgeschlossen, der Regelsatz wird bundesweit einheitlich festgelegt.

Das Ergebnis der Studie: Der Regelsatz reicht nicht, alle Fachpolitiker und vor allem die Betroffenen wussten dies bereits. Da nur „regelsatzrelevante Leistungen“ berücksichtigt werden dürfen, ermittelte die Studie für München lediglich einen angemessenen Regelsatz von 371,- Euro. Auch die Geburtsfehler der Regelsatzberechnung, z.

Regelsatz für Grundsicherung erhöht

B. keine Berücksichtigung von Kindern, Alter, Krankheit oder Behinderung, können auf diesem Weg leider nicht behoben werden. Immerhin erhalten die knapp 14.000 Hilfesuchenden und die Haushaltsangehörigen ab Mai 2008 den erhöhten Regelsatz, der zudem im Juli gemäß der angekündigten Rentenerhöhung auf 375,- Euro steigen wird. Einigkeit bestand zudem darin, diesen Regelsatz spätestens im Jahr 2010 erneut zu überprüfen, das Statistische Amt wird hier die nötigen Datenerhebungen einleiten. Einstimmig wurde auch der Änderungsantrag der LINKEN beschlossen, sich für die Einführung eigener Regelsätze für Kinder und für alte,



Wenn der Schlüssel passt, kann Ende Sommer die Tür geöffnet werden.

krankte oder behinderte Menschen einzusetzen. Diese freiwillige Leistung verursacht bei der Stadt zusätzliche Kosten von rund 4,3 Mio. Euro im Jahr. – Unser Antrag, einen zusätzlichen Notfallfonds für einmalige Leistungen einzurichten, fand zwar die Unterstützung der CSU, der ÖDP und der Freien Wähler, SPD und Grüne verweigerten jedoch ihre Zustimmung. Zwischenzeitlich hat Dagmar Henn einen eigenständigen Antrag für einen solchen Notfallfonds gestellt, die Bearbeitung wird sich bis in den Sommer hinziehen. Steter Tropfen höhlt den Stein ...

2. Mai: Nazi-Provokationen bei Eröffnungssitzung.

Nach der festlichen Eröffnungssitzung des neuen Stadtrats mit der Vereidigung der erstmals gewählten Stadtratsmitglieder folgt regulär ein gemeinsames Mittagessen. Die drei Stadträte/innen der



„Wir brauchen keinen Stadtrat dieser Beweugung!“

LINKEN blieben diesem Essen jedoch fern, und beteiligten sich stattdessen an der antifaschistischen Kundgebung gegen Neonazi-Stadtrat Richter. Dieser hatte bereits bei der Vereidigung provoziert, mit einem halb abgewinkelten Arm an der Vereidigung teil genommen. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob dies als Straftat gewertet werden kann. Zudem waren Mitglieder der Münchner Naziszene mit einem ausländerfeindlichen Transparent auf dem Marienplatz, das laut Berichten von antifaschistischen Kundgebungsteilnehmern von der Polizei erst entfernt wurde, als OB Ude dies einforderte.

Unspektakuläre Wahl der weiteren Bürgermeister.

Bei der konstituierenden Sitzung ist der wichtigste Punkt die Wahl der weiteren Bürgermeister/innen. Die FDP nutzte diese Gelegenheit für einen Antrag, keinen dritten Bürgermeister zu wählen, und den/ die zweite Bürgermeister/in zunächst nur ehrenamtlich zu bestellen, bis ein Referat frei werde, das er oder sie übernehmen könne. Damit sollte der Sparwillen der FDP und das Interesse an einer reduzierten Verwaltung unterstrichen werden. Diesem Antrag schlossen sich jedoch nur noch die Freien Wähler, die Bayernpartei und Stadtrat Richter an. Der Antrag der FDP ist nach meiner bisherigen Erfahrung im Stadtrat ohne Substanz: Eine Millionenstadt mit ihren vielfältigen Repräsentationsverpflichtungen und einem Etat, der etwa so groß ist wie der des Bundeslandes Saarland, ist mit drei Bürgermeister/innen sicherlich nicht überbesetzt.

Die CSU als größte Oppositionspartei stellte keine eigenen Kandidaten auf, deshalb wurden Christine Strobl und Hep Monatzeder bei einer großen Zahl von ungültigen Stimmen wieder zur zweiten Bürgermeisterin und zum dritten Bürgermeister gewählt. Christine Strobl erhielt sogar einige Stimmen mehr, als SPD, Grüne und Rosa Liste zusammen halten.

Stadtrat rüstet sich gegen Neonazi-Propaganda.

Eine erste Auswirkung des Neonazi-Stadtrats Richter zeigte sich bei der Festlegung der neuen Geschäftsordnung des Stadtrats. Zum ersten Mal wird dem Oberbürgermeister die Möglichkeit eingeräumt, „missbräuchliche“ Anfragen und Anträge zurückzuweisen. Dagegen können sich Betroffene dann beim Ältestenrat beschweren. Falls dieser nicht mit mindestens 80 Prozent der Stimmen die Entscheidung des Oberbürgermeisters unterstützt, muss der Antrag oder die Anfrage zugelassen werden. Mit einem Änderungsantrag wollten wir erreichen, dass das Ziel dieser Regelung klarer benannt wird. Es sollte nicht der unscharfe Rechtsbegriff des „Missbrauchs“ verwendet werden, sondern auf die juristische Strafbarkeit oder eine inhaltlich rassistische Ausrichtung verwiesen werden. Für diesen Vorschlag fanden wir jedoch leider keine weitere Unterstützung.

Auch die übrigen Anträge (CSU-Antrag zum Erhalt des Sportausschusses, FDP-Antrag zur Reduzierung der Mindestgröße einer Fraktion auf vier Mandate) fanden keine Mehrheit. Als einziger stimmte letztendlich Stadtrat Richter gegen die neue Geschäftsordnung.

DIE LINKE ist in jedem Ausschuss vertreten.

Am 7. Mai wurde die Arbeitsfähigkeit des neuen Stadtrats mit der Besetzung der Ausschüsse wieder hergestellt. DIE LINKE ist in fast jedem Ausschuss mit einem Sitz vertreten, einzige Ausnahme ist der Rechnungsprüfungsausschuss. Im Ältestenrat treffen sich künftig lediglich die Fraktionen.

Die Zuständigkeiten innerhalb unserer Gruppe verteilen sich folgendermaßen:

Orhan Akman: Wirtschaftsausschuss, Kreisverwaltungs-ausschuss, Gesundheits-ausschuss, Verwaltungs- und Personalausschuss.

Dagmar Henn: Sozialausschuss, Schul- und Sport-ausschuss, Kinder- und Jugendhilfeausschuss, Umweltschutzausschuss, Kommunalausschuss.

Brigitte Wolf: Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung, Stadtentwässerungsausschuss, Bau-ausschuss, Kulturausschuss, Finanzausschuss.

Kein Raum und weniger Geld für Neonazi-Stadtrat.

Einzelstadträte erhalten künftig kein Büro mehr im Rathaus, es sei denn, sie schließen sich zu Ausschussgemeinschaften zusammen. Zudem erhalten sie lediglich 50 Prozent der Gelder für Mitarbeiter. Für die Mitarbeiter/innen der Stadtratsfraktionen und -gruppen muss künftig ein polizeiliches Führungszeugnis vorgelegt werden. Begründet wird



► dies mit den vertraulichen Informationen, die Mitarbeiter im Stadtrat erhalten könnten. Stadtrat Richter kündigte an, dass er gegen diese Regelungen gerichtlich vorgehen wolle. Er benötige ein Büro, das er auch für eine Bürgersprechstunde nutzen könne. Für uns ein wichtiger Grund, der Vorlage zuzustimmen.

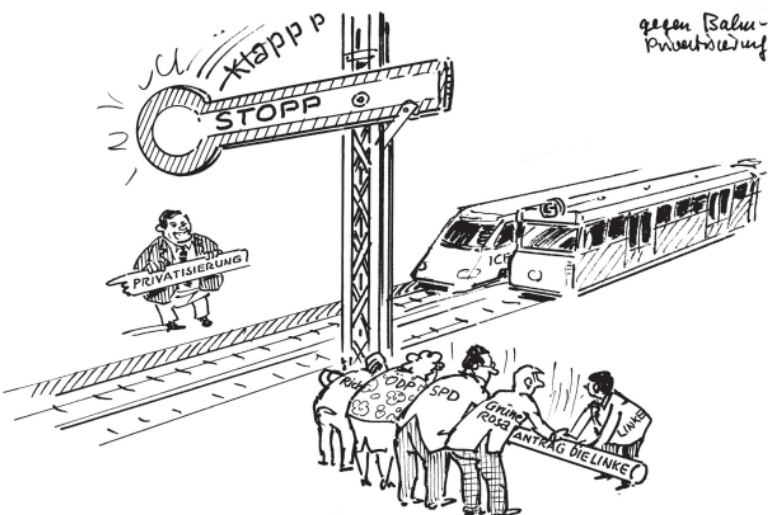
Der Zuschuss für die Mitarbeiter/innen wird auf unseren Antrag hin künftig gemäß den Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst erhöht.

EU-Anforderungen und städtische Immobilienwirtschaft. Ein aktuelles Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf führt dazu, dass künftig Grundstücksverkäufe vermehrt europaweit ausgeschrieben werden müssen. Immer dann nämlich, wenn mit dem Verkauf der Käufer irgendeine Verpflichtung eingeht, z.B. Frist für Bebauung, Pflicht zur Teilnahme an Realisierungswettbewerben etc. Zwar bereitet der Bundestag eine Neuregelung vor, mit der dieses Urteil wieder korrigiert werden soll, aber das kann dauern. Und ob die Neuregelung dann so ausfällt, dass sie den Städten wirklich hilft, bleibt auch noch abzuwarten.

**Immobilien
EU-weit aus-
schreibungs-
pflichtig**

Im Kommunalreferat sollen zwischenzeitlich jedenfalls zwei Stellen geschaffen werden, um dem zusätzlichen Aufwand gerecht zu werden. Denn die größte Gefahr ist, dass die Stadt Schadenersatz leisten muss, wenn sie gegen die aktuelle Rechtslage verstößt. Um diese zwei Stellen kam es dann zu einer längeren Debatte: Können sie nicht durch Umschichtung im Kommunalreferat abgedeckt werden? Ist es nicht besser, sie zu befristen? Letztendlich wurden die Stellen auf zwei Jahre befristet, und die Stadt hofft auf baldige Abhilfe durch den Bundestag.

Stadtratsmehrheit gegen Bahnprivatisierung. Auf Antrag der Grünen befasste sich der Stadtrat mit der anstehenden Bahnprivatisierung und deren möglichen Auswirkungen auf München, insbesondere auf die S-Bahn und die Bahnhofsinfrastruktur. Unserem Änderungsantrag, die geplante Kapitalprivatisierung abzulehnen und sich zu den Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu bekennen, stimmte eine Mehrheit aus SPD, Grüne/Rosa Liste, ÖDP und Stadtrat Richter zu. Die restlichen Punkte, so die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Bahnprivatisierung, wurden einstimmig beschlossen.



Planungen für Olympiapark: Denkmalschutz einbeziehen. Der Olympiapark ist in die Jahre gekommen, verschiedene Gebäude, z.B. das Radstadion, müssen in absehbarer Zeit entweder saniert oder abgerissen werden. Zudem sollen verschiedene Hallen für die Olympiabewerbung 2018 im Olympiapark untergebracht werden. Wir beantragten deshalb, bei dem geplanten Grundlagenworkshop neben dem Stadtrat und dem Bezirksausschuss auch den Denkmalschutz stimmberechtigt einzubeziehen. Dies wurde von Stadtbaurätin Dr. Merk übernommen, deshalb konnten wir der Beschlussvorlage zustimmen.

Arbeitsverlagerung in die Ausschüsse. Nachdem DIE LINKE jetzt auch in allen Ausschüssen vertreten ist, zeichnet sich bereits in der ersten Sitzungsperiode der Ausschüsse ab, dass ein großer Teil der inhaltlichen Detailarbeit sich dorthin verlagern wird. Aus diesem Grund werden einzelne Themen aus der dortigen Arbeit von dem/der zuständigen Stadtrat/Stadträtin in eigenen Beiträgen dargestellt werden. Die Abbildung sämtlicher Themen übersteigt leider unsere Möglichkeiten. Besonders wichtig wird es sein, politische Differenzen zwischen den verschiedenen Akteuren herauszuarbeiten.

**Die LINKE in
allen Stadtrats-
ausschüssen**

Schuldentilgung im Plan. Die nach wie vor sprudelnde Gewerbesteuer hat es der Stadt ermöglicht, im ersten Quartal 2008 insgesamt 180 Mio. Euro zu tilgen, 147 Mio. Euro davon außerplanmäßig. Erste Bremsspuren deuten sich jedoch in den monatlichen Finanzberichten der Kämmerei an.

Gesucht: Referent/in für Arbeit und Wirtschaft. Der jetzige Referent Dr. Wiczorek geht mit Ablauf seiner Amtsperiode im März 2009 in den Ruhestand. Sein Posten wird demnächst öffentlich ausgeschrieben. Ein Änderungsantrag der SPD, die das „einschlägige Studium“ aus dem Ausschreibungstext gestrichen haben wollte, veranlasste die CSU zu Vermutungen, dass die SPD sich bereits vorab auf eine Kandidatin / einen Kandidaten festgelegt habe. Man darf gespannt sein.

KVR findet keine Unterstützung für Änderung der Plakatierungsverordnung. Nachdem die Parteien regelmäßig gegen die von ihnen selbst beschlossene Plakatierungsverordnung verstoßen, versuchte es KVR-Referent Blume-Beyerle mit einer erzieherischen Maßnahme: In einer Beschlussvorlage sollte die Plakatierung für politische Veranstaltungen außerhalb von Wahlkämpfen komplett gestrichen werden. Dieses Ansinnen wurde von allen Parteien unter Hinweis auf die Erfordernisse für Demokratie und Politik auch zwischen Wahlkämpfen einhellig zurückgewiesen. Der Referent bat abschließend die Parteien, sich doch an ihre eigenen Regeln zu halten. Schließlich könne es nicht Aufgabe des KVR sein, andauernd hinter den politischen Akteuren her zu sein. Insbesondere zu Wahlkampfzeiten führe die jetzige Lösung in einigen Stadtteilen zu regelrechten Plakatierungskriegen und gegenseitigen Anzeigenaktionen.

Umweltzone startet zum 1. Oktober. Die FDP hatte beantragt, die Einführung der Umweltzone um ein Jahr zu verschieben und zunächst die Ergebnisse

Sozialtarif: Stadtwerke versus Gazprom

Von Orhan Akman

Als „arm“ gelten Menschen in Deutschland mit weniger als 781,- Euro Nettoeinkommen im Monat. Demnach sind 20 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen oder werden nur durch staatliche Sozialleistungen in geringem Maße davor geschützt. Auch in München, der Stadt mit der größten Wirtschaftskraft, leben 178.000 Menschen in Armut. Nun hatte der Stadtrat der Landeshauptstadt München die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen. Ergebnis: Außer DIE LINKE im Stadtrat haben alle Parteien dies abgelehnt.

DIE LINKE im Stadtrat hatte einen Antrag für einen Sozialtarif bei Strom und Gas für arme Menschen in München eingebracht. Dieser Antrag wurde von allen Rathaus-Parteien abgelehnt. Als wesentlichen Grund der Ablehnung eines Sozialtarifes wurde von den Referenten Friedrich Graffe (Sozialreferat) und Dr. Wiczorek (Referat Arbeit und Wirtschaft) – beide SPD – das Totschlagargument „Wettbewerb“ genannt.

Dabei sind die Stadtwerke München wirtschaftlich kerngesund, und das ist gut so. Zudem haben die – immer noch politisch kontrollierten – Stadtwerke in München mehr oder weniger eine Monopolstellung – auch das ist gut so. Insoweit ist das Argument „Wettbewerbsnachteile für die Stadtwerke“ mehr als scheinheilig. Die Stadtwerke dürfen nicht wie die privaten Energiekonzerne Gazprom oder E.on zu Gewinn- und Dividendenjägern verkommen. Die Stadtwerke als kommunaler Be-

trieb haben vorrangig den Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu dienen.

Statt der Einführung eines Sozialtarifes sollen die Regelleistungen bei Sozialhilfe und beim ALG II erhöht werden – das forderten vor allem Die Grünen. Sie konnten sich anscheinend nicht zwischen Koalitionszwang mit der SPD zum einen und ihrem eventuellen Parteikalkül entscheiden. Ansonsten hätten die Grünen nicht nur „das Anliegen“ der LINKEN für gut gefunden, sondern auch unserem Antrag für den Sozialtarif zugestimmt. Für Die Grünen dürfte gelten: Wer sich für ökologische Ziele im Energiebereich stark macht, sollte sich mindestens auch für arme Menschen in unserer Stadt engagieren.

OB Ude meinte, dass es für arme Menschen eine zusätzliche „Demütigung“ wäre, wenn diese Menschen neben Sozialhilfe etc. nun auch einen Sozialtarif beantragen müssten.

Dabei dürfte es auch dem OB klar sein, dass Menschen in Armut schon diskriminiert sind. Im Übrigen war es doch die SPD, die zusammen mit den Grünen und unter großem Beifall der Union, die durch ihre Agenda-Politik die Menschen am meisten gedemütigt hat. Nun hätten diese Parteien auf kommunaler Ebene die Möglichkeit gehabt, gegen die Armut in München eine konkrete Gegenmaßnahme zu beschließen, wenn sie es gewollt hätten.

Mit ihrer Ablehnung von Sozialtarifen haben SPD/Grüne eine notwendige und machbare Unterstützung für sozial Schwache verhindert. Als LINKE sind wir ange treten, um soziale Verantwortung in München zu übernehmen. Diesem Grundsatz werden wir auch treu bleiben. Vor allem wenn es darum geht, Armut und soziale Schieflage in unserer Gesellschaft zu bekämpfen. Inso weit ist das Thema „Sozialtarif“ längst noch nicht vom Tisch. ■

aus anderen Städten abzuwarten. Damit sollte geklärt werden, ob eine Umweltzone überhaupt positive Auswirkungen auf die Feinstaubbelastung hat. Unter Hinweis auf die eindeutige Rechtslage angesichts der Europäischen Rechtsprechung, die die Stadt zum Handeln zwingt, fand dieser Antrag jedoch keine weitere Unterstützung. Die SPD beantragte allerdings, dass Verstöße gegen die Umweltzone erst ab dem 1. Januar 2009 geahndet werden sollen, damit die ersten Strafzettel „nicht in der Adventszeit“ verschickt werden müssen. Diese Änderung wurde mehrheitlich angenommen, die FDP, die Grünen und die ÖDP stimmten jedoch gegen die verlängerte „Kulanzfrist“.

Stadtrat unterstützt DGB-Volksbegehren zum Mindestlohn. Auf der Grundlage unseres dringlichen Antrags beschloss die Stadtratsvollversammlung am 11. Juni, dass das DGB-Volksbegehren zum Mindestlohn „begrüßt und unterstützt“ wird. In der zweistündigen Debatte verstieg sich die FDP dazu, den Mindestlohn als direkten Weg in den Sozialismus, als „DDR light“ zu geißeln. Nachdem jedoch in 21 europäischen Ländern eine Mindestlohnregelung existiert, fragte OB Ude nach, welche europäischen Länder denn sozialistisch seien. In der Stadtratsdebatte fielen die üblichen, durch die Entwicklungen z.B. in Großbritannien widerlegten Argumente: Mindestlohn gefährde niedrig bezahlte Arbeitsplätze, fördere die Schwarzarbeit, führe zu Jugendarbeitslosigkeit. Die CSU forderte die Gewerkschaften auf, höhere Tarife durchzusetzen (hört, hört). SPD, Grüne und LINKE begründeten

ihre Unterstützung für die Mindestlohnkampagne u.a. mit folgenden Argumenten: den Auswirkungen auf die Kommune, der Menschenwürde der arbeitenden Menschen, dem sich ausbreitenden Niedriglohnsektor, der EU-Rechtsprechung, die die Tariftreueerklärung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gekippt hat, der Lohndrückerei durch Tariffucht der Arbeitgeber, der Fehlentwicklung eines Wettbewerbs über Lohndumping, der Benachteiligung von Frauen im Arbeitsleben, ihrer überproportionalen Vertretung im Niedriglohnsektor ... Mit den Stimmen von SPD, Grüne/RL, LINKE, BP und ÖDP stimmte der Stadtrat schließlich für die Unterstützung des Volksbegehrens.

Mindestlohn in der Debatte

Plangutachten für Umgestaltung des Pasinger Zentrums. Gegen CSU und FDP beschloss der Stadtrat ein Plangutachten zur Neugestaltung der Pasinger Straßen und Plätze nach der geplanten Verlängerung der Tram 19 bis zum Pasinger Bahnhof. Die CSU blieb bei ihrer prinzipiellen Ablehnung des Trambahnverkehrs, die FDP lehnte ab, weil die Verlängerung der U5 nicht mit eingeplant ist. Tatsächlich wäre es an der Zeit, diesen U-Bahn-Bau nicht weiter hinauszuschieben. Für die Verknüpfung von U- und S-Bahn in Pasing spricht jedenfalls viel. Und bei der Neugestaltung des Pasinger Zentrums sollte zumindest mit eingeplant werden, wo z.B. die Rettungsschächte einmal liegen sollen. Vielleicht ist unser Antrag, die Verlängerung endlich anzugehen, ja der Anlass, die bisherige Beschlusslage von Rot-Grün zu überdenken. ■

CSD München am 12. Juli 2008 – Brücken bauen zu jedem Ufer

Von Mario Simeunovic

Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle, die ganze bunte Gemeinde jener, die sich der Einfachheit halber auch queer nennen, fiebern gespannt dem Christopher Street Day 2008 entgegen. Immerhin feiert München 850 Jahre Stadtgeschichte, und so wird auch vom diesjährigen queeren Befreiungstag etwas Besonderes erwartet.

Seitdem am 28. Juni 1969 in der New Yorker Christopher Street die überwiegend schwulen Besucher der Bar „Stonewall Inn“ erstmals Widerstand gegen gewalttätige Razzien der Polizei in ihren Kneipen leisteten, erinnert dieses jährliche Jubiläum an finstere Zeiten sexistischer Unterdrückung und daran, dass Rechte erkämpft werden müssen. Damals kam es zu einem regelrechten Aufstand mit tagelangen Straßenschlachten. Das können sich heute auch viele Mitglieder der queeren Community kaum noch vorstellen.

Doch es gibt Anlass, sich daran zu erinnern, denn noch immer ist keine Gleichberechtigung hergestellt. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind in ihren Rechten nicht mehr als Ehen zweiter Klasse. Hinsichtlich ihrer Pflichten genießen sie dagegen durchaus den Status der Erstklassigkeit: Unterhalts- und Versorgungsansprüche in vollem Umfang. Eine Ungerechtigkeit, unabhängig davon, was sonst von der Konstruktion der bürgerlichen Ehe zu halten ist. Aber auch von anderer Seite droht Gefahr. Mit der rechten Bürgerinitiative Ausländerstopp ist ein Mann Stadtrat geworden, der sich nicht nur durch ausgeprägten Rassismus auszeichnet, sondern sein Anfragerrecht im Stadtrat auch dazu genutzt hat, das Gender-Mainstreaming Konzept der Stadt München anzugreifen. Durchgängige Gleichstellung passt selbstverständlich nicht in sein homophobes Weltbild.

Darum bin ich froh, dass es mir gelungen ist, die vier Vereine Münchner Aids-Hilfe, LeTra, Sub und Rosa Liste als Veranstalter des CSD von einer politischen Akzentsetzung zu überzeugen. Es wird in diesem Jahr erstmals eine Gedenkaktion an die lesbischen und schwulen Opfer des Nationalsozialismus geben.

Nach der Parade und im Anschluss an die Reden von Thomas Niederbühl und OB Ude wird Albert Knoll, Vorstand des Forum Homosexualität, eine kurze Ansprache halten. Er wird an die Verfolgung von Lesben und Schwulen in der NS-Zeit erinnern und ihre Geschichte in einen aktuellen Kontext stellen. Anschließend wird es eine Schweigeminute geben, während der 300 schwarze Luftballons mit Karten steigen gelassen werden. Auf den Rückseiten dieser Karten werden wechselnde Kurzbiographien einzelner Opfer zu lesen sein. Das wird ein besonderes Ereignis, und ich bin gespannt, wie es die Freundinnen und Freunde unserer Community aufnehmen werden. **I**

Rettet die Versammlungsfreiheit



Nach der Demonstration vom 21. Juni berichtet Hedwig Krimmer, ver.di München, Einladerkreis „Rettet die Grundrechte – Gegen den Notstand der Republik“:

... mit 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei bester Stimmung zog am 21. Juni unsere Demonstration gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz durch die Straßen von München. Ein Bericht in der ARD-Tagesschau um 20 Uhr brachte die so notwendige bundesweite Bekanntmachung. Unter folgender Internetadresse kann der Spot – der auch in anderen Sendern, u.a. im Bayerischen Fernsehen, gezeigt wurde – angesehen werden* . . . Die Demonstrationen in München und Nürnberg waren ein wichtiger Zwischenschritt, es war aber von Anfang an klar, dass damit unsere Bemühungen zur Verhinderung dieses Gesetzes nicht beendet sein können. Wie geht es nun weiter?

– **Am 10. Juli tagt** der Rechtsausschuss des bayerischen Landtags. Allen Organisationen, gewerkschaftlichen Gliederungen, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen wird vorgeschlagen, bis zum 9. Juli eine Eingabe zu machen, die dann beim Rechtsausschuss behandelt werden muss. Zwei Mustereingaben befinden sich im Netz als PDF-Datei**. Wichtig: Bei den Eingaben muss die vollständige Adresse mit angegeben sein, damit der Rechtsausschuss antworten kann. Die Sitzung ist öffentlich – je mehr Zuhörer umso besser!

– **In der letzten Landtagssitzung am 15. – 17. Juli 2008** wird über das Gesetz abgestimmt. Während dieser Zeit werden die Münchner Streikleitungen aus Druckindustrie, Post, Telekom und Öffentlichem Dienst ihr Streikzelt als Mahnwache für die Versammlungsfreiheit bei dem Landtagspräsidenten Alois Glück in der Bannmeile des Landtags beantragen.

– **Für den Fall der Verabschiedung** wird parallel eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorbereitet.

* www.tagesschau.de/multimedia/video/video335944.html

** Nähere Informationen auf unserer Internetseite www.muenchen.verdi.de, Button „Rettet die Versammlungsfreiheit“

Wider das Vergessen

Den homosexuellen Opfern des Nationalsozialismus



Gedenkaktion des Christopher Street Day München am 12. Juli 2008

Postkarte für die Gedenkaktion auf dem CSD 2008

Save Me-Kampagne begrüßt Unterstützungsbeschluss des Stadtrats

Der Bayerische Flüchtlingsrat freut sich über die Zustimmung, die die Save Me-Kampagne nun auch im Stadtrat gefunden hat. Matthias Weinzierl vom Flüchtlingsrat bemerkt kritisch, dass die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge – 850 – im beschlossenen Antrag nicht mehr enthalten ist. Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender der Grünen, der die Initiative des Flüchtlingsrats aufgegriffen hat, verweist darauf, dass von den 30.000 christlichen Flüchtlingen, die nach Bestrebungen der Kirchen und des Innenministers Schäuble aus dem Irak herausgeholt werden sollen, ca. 500 auf München entfallen würden. Richtig ist, dass Sozialreferent Friedrich Graffe in seiner Stellungnahme für den Antrag auf diesen Plan der Kirchen hingewiesen hat. Es ist allerdings festzuhalten, dass der tatsächlich beschlossene Antrag eine solche Eingrenzung auf Christen nicht enthält. *Martin Foch-*

Aus einer Presseerklärung von Save Me

19.6.2008 „Damit hat München ein deutliches Signal für den Flüchtlingsschutz in Deutschland gesetzt. Das ist ein erster, aber wichtiger Schritt“, so Matthias Weinzierl von der Kampagne. Heute Vormittag hat der Münchner Stadtrat über den von den GRÜNEN/Rosa Liste eingereichten Antrag zur Unterstützung der Save Me-Kampagne entschieden. Der Antrag, der die Unterstützung von Sozialreferent Friedrich Graffe (SPD) fand, wurde einstimmig (im Sozialausschuss, dort hat die BIA keinen Sitz, Anm. MitLinks) angenommen ...

Nicht mehr im Antrag enthalten ist der Beschluss, im Falle eines Resettlement-Programms bis zu 850 Flüchtlinge aufzunehmen. „Hier zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger Münchens als mutiger als

Die LINKE im Stadtrat unterstützt die Kampagne:

Brigitte Wolf: „Ich mache mit, weil die Abschottung Europas vor Asylbewerbern und Flüchtlingen aus aller Welt aufgebrochen werden muss. Europa ist mit Schuld daran, dass so viele Menschen auf der Flucht zu Tode kommen.“

Dagmar Henn: „Ich mache mit, weil es einen Kontrapunkt zu ‚Frontex‘ und der bayrischen Flüchtlingspolitik braucht!

Orhan Akman: „Ich mache mit, weil Flüchtlinge das Recht haben, menschenwürdig zu leben, wie alle anderen Menschen auch.“

der Stadtrat“, so Matthias Weinzierl.

Am Tag vor der Abstimmung im Stadtrat wurde die 850ste Patenschaft eingetragen. Insgesamt 867 Patenschaften sind bislang gewonnen worden. Die Paten sollen als Integrationslotsen angekommenen Flüchtlingen die Orientierung erleichtern.

Die in München gestartete Kampagne wurde inzwischen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik aufgegriffen. Am Montag, den 23.06., wird Berlin eine Save Me-Kampagne starten, Vorbereitungen laufen u.a. in Augsburg, Regensburg, Tübingen, Reutlingen, Mainz, Münster, Lübeck, Rostock und Kiel. Die Initiatoren der Münchner Kampagne erwarten, dass bis zum Herbst in zahlreichen weiteren Städten Save-Me Kampagnen nach dem Münchner Modell an den Start gegangen sind. Das Ziel der auch von Pro Asyl und UNHCR unterstützten Kampagne ist es, die Bundesregierung und die Landesinnenminister zum Einstieg in ein regelmäßiges Programm zur dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen zu bewegen.

Informationen zur Kampagne, zu den Patinnen und Paten und zu den Hintergründen unter **www.save-me-muenchen.de**

Der 2. S-Bahn-Tunnel – die endlose Geschichte

Von Ulrich Sedlacek

Am 9. April 2008 traf sich der Bezirksausschuss Au-Haidhausen im Technischen Rathaus zu einer öffentlichen Sondersitzung. Einziger Tagesordnungspunkt waren die geänderten Planungen zum Bau der 2. S-Bahn-Stammstrecke und die Auswirkungen auf Haidhausen und seine Einwohner. Der Tagungsraum war mit über 100 Anwohnern vor allem aus dem Bereichen Johannisplatz, Wörthstraße und Orleansplatz überfüllt. Die Vorsitzende des BA 05 Adelheid Dietz-Will (SPD) stellte eingangs die etwas provokatorische Frage, wieviele Anwohner der Kirchenstraße hier seien. Es meldeten sich nur sehr wenige Anwesende. Da die neue geplante Streckenführung jetzt nicht mehr unter der Kirchenstraße verläuft und auch kein Tunnelbau in offener Bauweise mehr vorgesehen ist, hat sich der Protest dort offensichtlich gelegt. Dafür waren jetzt vor allem die Haidhausener erschienen, unter deren Wohnung nach der neuen Planung jetzt möglicherweise der 2. S-Bahn-Tunnel gebaut würde. Etwas erstaunlich war dann doch die Feststel-

lung aus dem Munde der SPD-Politikerin Dietz-Will, dass die Menschen, die jetzt gegen den Bau der 2. S-Bahn-Röhre protestieren, bei der Stadtratswahl am 3. März dann ja alle DIE LINKE hätten wählen müssen. Schließlich habe Brigitte Wolf von der LINKEN in der abgelaufenen Wahlperiode als einzige Stadträtin immer gegen die Pläne zum 2. S-Bahn-Tunnel gestimmt.

Im Mittelpunkt des Abends stand Albert Scheller von der DB ProjektBau GmbH, der den Stand der Planungen vorstellte und versuchte, Fragen der anwesenden Bürger zu beantworten. Das Problem der Veranstaltung wurde dabei schnell deutlich. Herr Scheller und sein Team haben den Auftrag, eine zweite S-Bahn-Stammstrecke von West nach Ost zu planen. Dabei sollen Gesichtspunkte wie Kosten, Sicherheit, Belastungen für die Anwohner usw. berücksichtigt werden. Ob ihr Auftrag aber für ein optimales Verkehrsnetz sinnvoll ist, steht für ihn nicht in Frage. Deswegen war es auch nur logisch, dass er die Frage nach dem Betriebskonzept nicht beantworten konnte. Dies sei das gleiche wie bei der bisherigen Planung und gehöre nicht zu seinem

► Aufgabenbereich. Man baut also einen neuen Tunnel. Welche S-Bahnen im welchem Takt darin woher und wohin fahren sollen, weiß man noch nicht genau.

11 Jahre Bauzeit für die 2. Stammstrecke

Im Mittelpunkt der Fragen der Anwohner standen Ängste vor Schäden an den Häusern durch die Baumaßnahmen sowie vor Erschütterungen und Geräuschen durch den laufenden S-Bahn-Verkehr. Auch die Beeinträchtigung der Grünanlagen am Johannis- und Bordeaux-Platz durch Lüftungs- und Rettungsschächte war ein wichtiges Thema. Aus der Mitte des BA 05 wurde vor allem die lange Bauzeit in Frage gestellt. Der Bau soll 2009 beginnen. Der erste Ast zum Leuchtenbergring soll bis 2016 fertiggestellt sein, der zweite zum Ostbahnhof dann bis 2020. Zum Vergleich: Der Bau der 1. Stammstrecke wurde von 1966 bis 1971 in nur 5 Jahren durchgeführt.

Bei der Anbindung des Ostbahnhofs an die neue Stammstrecke weicht die neue Planung gravierend von der bisherigen ab. Ursprünglich war vorgesehen, dass die neue S-Bahn-Stammstrecke am Ostbahnhof mit der bisherigen zusammengeführt wird. Die S-Bahnen aus der neuen Röhre sollten am Ostbahnhof das Tageslicht erblicken und parallel zu den bisherigen Bahnsteigen in den Ostbahnhof einfahren. Dort sollte dann ein einfaches Umsteigen zwischen den Bahnen aus den beiden Tunnels möglich sein. Dies war auch der technische Grund für die geplante offene Bauweise in der Kirchenstraße, da die Gleise dort nur in geringer Tiefe liegen können, wenn die Züge am Ostbahnhof oberirdisch fahren sollen. In der neuen Planung ist nun ein unterirdischer S-Bahnhof unter den Bahnsteigen der U4/5 am Orleansplatz vorgesehen. Damit kann der Tunnelbau weitgehend in bergmännischer Bauweise durchgeführt werden. Der Orleansplatz selber würde aber für mindestens 4 Jahre eine riesige Baugrube sein. Vor dem geplanten Abschluss der Bauarbeiten im Jahre 2020 oder später ist es dann auch wenig sinnvoll, die Steinwüste Orleansplatz weiter zu begrünen und umzugestalten.

Mit nur einem Halt vom Hauptbahnhof zum Leuchtenbergring

Die Planungen für die 2. Stammstrecke liegen in der Hand des Freistaates Bayern und der Deutschen Bahn AG. Diese haben eine lange Geschichte und es könnte auch eine unendliche Geschichte werden.

Bis 2001 wurde für die Entlastung der Stammstrecke ein Ausbau des bestehenden Südrings der Bahn vorgesehen. Dieser führt von Laim über Heimeranplatz, Poccistraße, Kolumbusplatz zum Ostbahnhof und wird zur Zeit von einigen Fernzügen (nach Salzburg), Regionalzügen (nach Mühldorf) und Güterzügen benutzt. 2001 hieß es, dass man für das gleiche Geld auch einen 2. Tunnel parallel zur bisherigen Stammstrecke bauen könnte. Da die meisten Fahrgäste in die Innenstadt wollten, sei dies viel sinnvoller, um die bestehende Stammstrecke zu entlasten. Nach der neuen Planung können die Fahrgäste des ersten Astes der 2. Stammstrecke in der Innenstadt nur am Hauptbahnhof und am Marienhof (Marienplatz) ein- und aussteigen. Für den zweiten Ast kommt ein weiterer unterirdischer Haltepunkt am Ostbahnhof dazu. Umsteigen in die Züge der bisherigen Stammstrecke ist dort immer

mit relativ langen Wegen und erheblichen Höhenunterschieden verbunden. Erst am Leuchtenbergring bzw. an der St-Martin-Straße ist ein direktes Umsteigen auf gleicher Höhe möglich. Selbst wenn man die optimistische Prognose des Freistaates Bayern von 1,6 Mrd. Euro für die Baukosten zu Grunde legt, stellt sich die dringende Frage, ob dieses Geld nicht sinnvoller eingesetzt werden kann.

So steht die Verlängerung der U5 von Laim nach Pasing seit Jahren im Investitionsplan der Stadt München, wird aber wegen angeblich fehlender Finanzen nicht angepackt. Dies wäre eine zweite Schnellbahnverbindung von Pasing zum Ostbahnhof, die auch bei Störungen der jetzigen S-Bahn-Stammstrecke als Ausweichlösung dienen könnte. DIE LINKE hat im Stadtrat mehrfach beantragt, die dafür laut Investitionsplan nötigen 85 Millionen aus dem Haushalt der Stadt bei 270 Millionen Gesamtkosten endlich bereit zu stellen. Die Mehrheit von SPD und Grünen schiebt diese Entscheidung aber seit Jahren nur vor sich her.

Zusätzlich sollte erneut der Ausbau des Südrings für die S-Bahn geprüft werden. In MitLinks Nr. 23 haben wir die Pläne, die auch von der Bürgerinitiative Tunnelaktion Haidhausen unterstützt werden, vorgestellt. Wenn statt des zweiten Tunnels durch die Innenstadt fast ohne Bahnhöfe, diese beiden Projekte verwirklicht würden, könnte die bestehende Stammstrecke wesentlich entlastet werden. Vor allem bliebe auch noch Geld übrig, um wenigstens die wichtigsten der zahlreichen Schwachpunkte im Außenbereich des Münchner S-Bahn-Netzes anzugehen. Dort gibt es noch immer zahlreiche eingleisige Strecken. Dies führt dazu, dass Verspätungen nur sehr langsam abgebaut werden können. Eine Taktverdichtung ist auf diesen Strecken nicht möglich. Daran ändern noch so viele Tunnel vom Hauptbahnhof zum Ostbahnhof nichts.

München braucht endlich ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Personennahverkehr, das sich nicht darauf beschränkt, möglichst viele Menschen schnell zum Hauptbahnhof, Marienplatz oder Flughafen zu bringen. Deshalb muss auch untersucht werden, wo Ringlinien von U- und S-Bahnen oder auch der Tram sinnvoll sind.

Neue Investitionen in den ÖPNV sind häufig mit Baumaßnahmen verbunden, die zu Belästigungen der Anwohner führen. Deshalb müssen die Bauzeiten möglichst kurz sein. 11 Jahre und länger, wie in Haidhausen geplant, sind unzumutbar und technisch unnötig. Die Bauarbeiten sind technisch so zu planen und auszuführen, dass es nach menschlichem Ermessen keine Gebäudeschäden gibt und der Verkehrsbetrieb zu keinen Beeinträchtigungen für die Anwohner führt. Eine Haltung „Ausbau des Schnell-Bahn-Netzes ja – aber nicht in der Nähe meiner Wohnung“ führt nicht weiter.

Am 31. Juli soll in Haidhausen eine Bürgerversammlung zu den Planungen des zweiten S-Bahn-Tunnels stattfinden.

Der Ort steht noch nicht fest. Es ist zu hoffen, dass dort vor allem über den Sinn bzw. Unsinn dieses Milliardenprojekts diskutiert wird, nicht nur über mögliche Grundwassersenkungen und die Lage der Rettungsschächte.

P.S. Ich wohne in der Metzstraße 25. Es ist gut möglich, dass auch meine Wohnung demnächst untertunnelt werden soll. ■

Neueste Entwicklungen rund ums Grünwalder Stadion

Von Dr. Markus Drees, Freunde des Sechz'ger Stadions e.V.

Seit der letzten Ausgabe von „MitLinks“ ist auch in Sachen Sechzger-Stadion wieder Einiges passiert. Mitte April gab es die letzte Sitzung des Sportausschusses der abgelaufenen Legislaturperiode von 2002 bis 2008. Als erster Punkt standen dabei diverse aufgelaufene Anträge zum Grünwalder Stadion sowie eine Beschlussvorlage zur Ausgabe von 800.000 EUR zur Erfüllung der Auflagen der neuen 3. Bundesliga auf der Tagesordnung.

Es zeigten sich hier wiederum Positionen, die sich schon bei der Umfrage zur Kommunalwahl abgezeichnet hatten. Während der CSU-Sportbeauftragte Mario Schmidbauer vom „Fass ohne Boden“ sprach, in das man nicht immer wieder planlos Geld buttern dürfe, brachte die FDP-Stadträtin Stock den Antrag ein, das Stadion über 2018 hinaus zu erhalten und zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten mit Veranstaltungen auch abseits vom rollenden Ball zu suchen. Die Grünen hielten am Ende des Spielbetriebs bis 2010 fest, während die SPD vor allem in Form von Bürgermeisterin Strobl einen Weiterbetrieb des Stadions als derzeit sinnvollste Lösung ansah. Nach einer 45-minütigen Diskussion wurde dann doch einstimmig beschlossen, dass man die für die 3. Liga notwendigen Investitionen übernehmen werde. Gleichzeitig erteilte man dem Schulreferat bzw. dem Sportamt den dringenden Auftrag, eine Kosten/Nutzen-Analyse von verschiedenen Szenarien durchzurechnen. So soll der Erhalt des Status quo (mit minimaler Anpassung an zukünftige DFB-Statuten) mit einer moderaten Sanierung zum Erhalt der Bausubstanz oder einem kompletten Neubau eines Kleinstadions an anderer Stelle, für den dann auch noch Erschließungskosten fällig wären, verglichen werden. Bis zum Ende des Jahres 2008 ist dann auf Basis dieser Untersuchung eine endgültige Entscheidung für den Abriss oder den Erhalt des Grünwalder Stadions geplant.

Frau Strobl räumte dabei auch ein, dass der Spielbetrieb im Grünwalder Stadion länger laufen wird als nur bis 2010, selbst wenn man sich auf einen Neubau an anderer Stelle einigen würde. Es sei nicht möglich, in zwei Jahren ein Grundstück zu finden und den Bau abzuwickeln. Die Kosten für einen Neubau sollen – nach früheren Schätzungen des Sportamts – mindestens 17 Mio. EUR betragen. Dieser Betrag könnte durch den Verkauf des jetzigen Stadiongeländes wohl kaum erlöst werden. In die Untersuchung des Sportamts sollen auch die beiden Vereine FC Bayern und TSV 1860 als derzeitige Nutzer des Stadions mit eingebunden werden. Was wird nun mit den 800.000 EUR auf Giesings Höhen realisiert? Letztendlich wird vor allem in Sicherheitseinrichtungen investiert. Man fürchtet sich vor den Mannschaften aus dem Osten Deutschlands und baut eine neue Kameraüberwachung auf.

Der Polizei werden neue Kommandocontainer, aber auch Arrestcontainer zur Verfügung gestellt. Ebenfalls werden die Blöcke, die zum Teil schon in der Zweitligasaison 2004/2005 neu aufgeteilt wurden, nun weiter verkleinert und mit neuen Zäunen gesichert. Eine bessere Lautsprecheranlage soll ebenso installiert werden wie Behinderten-WCs. In der Haupttribüne werden das Arzt- und Dopingkontroll-Zimmer sowie die Schiedsrichterkabine erneuert. Außerdem soll die Stadiongaststätte einen eigenen VIP-Bereich erhalten. An der Bausubstanz wird nichts geändert, da eine Kapazität von 10.000 Plätzen mit mindestens 20% Sitzplatzanteil selbst bei weiteren eventuell drohenden Sperren im oberen Bereich der Westkurve (ähnlich zu Block J) nachgewiesen werden kann.

Nachdem nun der Stadtrat endlich über die Zukunft des Stadions verhandelt hatte, bekam Mitte Mai Brigitte Wolf auch die lang erwartete Antwort



auf ihre Stadtratsanfrage zur Situation des Stadions. In der Presse wurden die darin ermittelten Fakten mit Methaphern wie „das Stadion hängt am Tropf“ oder „Die Wahrheit übers Grünwalder Stadion“ eher negativ kommentiert. Letztendlich beträgt in einem „normalen“ Jahr mit Spielen nur der zweite Mannschaft der Verlust ca. 200.000 EUR. Im Jahr 2005 dagegen wurde durch die Einnahmen aus dem Spielbetrieb der 2. Bundesliga eine um den Faktor drei höhere Mieteinnahme erzielt. Somit war in diesem Jahr das Defizit nur noch bei ca. 100.000 EUR. Selbst wenn sich die Kosten im Jahr 2008 durch die Sonderausgabe der oben beschriebenen 800.000 EUR mehr in Richtung 1 Million bewegen, so ist das fast nichts im Verhältnis zu den jährlich 14 Mio. EUR Defizit im Olympiapark oder im Vergleich zur Rettung des Deutschen Theaters, die mit ca. 100 Mio. EUR zu Buche stehen wird. Übrigens: Genaue Zahlen über finanzielle Fragen zum Sechzger-Stadion liegen laut Sportamt erst seit der Einführung der SAP-Software im Jahre ▶

► 2005 vor. Somit sind zahlreiche früher getätigte Aussagen von Seiten der Stadt über Defizite im Stadionbetrieb gar nicht verlässlich belegbar.

Kommen wir nun zu den eher erfreulichen Ereignissen der letzten Wochen. Die Aktion XX-Tausend am 24. Mai konnte mit einem Zuschauerrekord von 12.600 Zuschauern aufwarten. Sportlich gesehen ging das Spiel der zweiten Mannschaft von 1860 mit 0:1 gegen Jahn Regensburg verloren, aber das war angesichts der großartigen Stimmung fast nebensächlich, hatte man aus Löwensicht nur noch theoretische Chancen auf die 3. Bundesliga. Einen weiteren Bericht zu diesem Ereignis finden Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.

Am 5. Juni galt es, mal wieder politisch Flagge zu zeigen. Die Bürgerversammlung in Obergiesing (Stadtbezirk 17) stand an. Das Grünwalder Stadion liegt zwar nicht direkt in diesem Bezirk, die Grenze zwischen Untergiesing-Harlaching und Obergiesing verläuft aber direkt am Stadion, so dass dieser Bezirk bei Änderungen im Flächennutzungsplan zumindest Mitspracherecht hat. Der Antrag, dass die Stadt den Abrissbeschluss für das Jahr 2010 revidieren solle, erhielt bei den stimmberechtigten Obergiesinger Bürgern eine überwältigende Mehrheit. Es gab sogar Szenenapplaus bei der Verkündung des Abstimmergebnisses durch den Versammlungsleiter, CSU-Fraktionschef Josef Schmid (pikanterweise ein Gegner des Stadionerhalts). Ein Diskussionspunkt des Abends war auch die unterschiedliche Darstellung der Ereignisse rund um das Regionalligaderby vom 9. Dezember 2007. Auch auf dieser Bürgerversammlung wurde die Polizei für ihre aggressive Einsatzführung mit unerklärlichen Blocksperrern nochmals kritisiert. Mittlerweile laufen sogar staatsanwaltliche Untersuchungen, da einige Löwenfans Anzeige gegen die Polizei erstattet haben. Der Chef der Giesinger Polizei, Ludwig Schmöllner, rechtfertigte sich dagegen für dieses Verhalten mit Festnahmen lange vor dem

Spiel, als Löwen- und Bayernfans um die „Vorherrschaft“ in der Gaststätte Wienerwald zankten. Diese hätten gezeigt, wie hoch die Gefahr von Ausschreitungen bei diesem Spiel sei. Man solle aber die Ergebnisse der laufenden Ermittlungen abwarten. Aber auch der Polizeichef hat nichts gegen das Grünwalder Stadion, weil es selbst „keine Verbrechen begeht“.

Beim Streetlife Festival / Corso Leopold am 7. und 8. Juni war zum ersten Mal ein Stand der Freunde des Sechzger Stadions aufgebaut. Dort konnten sich die Besucher über den aktuellen Stand in Sachen Stadion informieren und natürlich Mitglied werden. Unterschriftenlisten für das Bürgerbegehren zum Erhalt des Grünwalder Stadions wurden zahlreich ausgefüllt. Außerdem konnte man diverse T-Shirts und Bücher käuflich erwerben. Als Schmankerl wurde extra für dieses Ereignis Bier aus dem Giesinger Bierlaboratorium mit Sechzger-Stadion-Etiketten angeboten. Für die Kleinen gab es ein Tipp-Kick-Torwandschießen sowie für die Älteren ein Fotoquiz mit Löwenaltstars. Der Stand war sehr gut besucht, und es konnten sicherlich auch Leute erreicht werden, die nicht ganz so tief in der Stadion-Materie stecken.

Zum Abschluss noch ein Wort zu 1860: Da seit Ende Mai mal wieder ein neues Präsidium um den Flughafen-Prokuristen Rainer Beeck im Amt ist, erhofften sich die Löwenfans, dass der unter dem Präsidium Albrecht von Linde eingeleitete Kurs des Vereins in Sachen Erhalt des Grünwalder Stadions auch weiterhin beibehalten wird. Und tatsächlich gibt es eine Meldung, die mit Redaktionsschluss dieser Ausgabe eingegangen ist. Der 30. Juli 2008 wird für viele Stadionfreunde zum Feiertag. An diesem Tag nämlich kehrt die Profi-Mannschaft des TSV 1860 nach über drei Jahren für ein Freundschaftsspiel gegen Kaiserslautern wieder in das traditionsreiche Grünwalder Stadion zurück.

1860 Amateure verlieren Spiel – Befürworter des Grünwalder Stadions gewinnen Hoffnung

Ein Elfmeter und eine unglückliche Chancenverwertung in der 2. Halbzeit verhinderten, dass ein gelungener Nachmittag perfekt wurde. Mit 0:1 verloren die Amateure des TSV 1860 München am vorletzten Spieltag der Regionalliga Süd gegen den SSV Jahn Regensburg.

Keine Sorge: Die MLB* werden keinen Sportteil einführen. Jedoch ist es auch für die Linke bemerk-

enswert, was sich am Samstag im Grünwalder Stadion abspielte. Nach monatelanger intensiver Vorbereitung fand, von vielen Sechzig-Fans ungeduldig herbeigesehnt, die Aktion XX-Tausend statt und wurde, wie gesagt vom Spielverlauf abgesehen, ein voller Erfolg. Nachdem bereits in der vergangenen Spielzeit die Partie gegen den SV Wehen zu einer eindrucksvollen Demonstration für den Erhalt des Grünwalder Stadions genutzt wurde, entstand die Hoffnung, vielleicht für ein ausverkauftes Grünwalder Stadion sorgen zu können. Diese Hoffnung wurde durch den Beginn der Spielzeit noch genährt, indem es schien, dass es für Regensburg bei diesem Spiel gar um den Aufstieg in die zweite, für die 60 Amateure immerhin noch um die neu eingeführte dritte Bundesliga gehen könnte. Es kam leider anders, und so



XX-Tausend mal danke! An 12.600 Besucher und an alle, die geholfen haben!
<http://www.xx-tausend.info>

bestand für 1860 nur noch eine theoretische Möglichkeit auf den Aufstieg, so dass sich der Wunsch nach einem ausverkauften Stadion leider nicht erfüllte. Jedoch kamen über 12.000 Zuschauer und sorgten für eine Stimmung, von der mancher Erstligist, in einigen Spielen wohl auch die erste Mannschaft des TSV 1860, nur träumen können. Dabei war es nicht schlecht, dass im Gegensatz zu den ca. fünf Wehenern vom letzten Jahr ein paar Tausend Regensburger dagegenhielten. Gleichzeitig zeigten die Anwesenden, dass es bei dem Kampf um das Stadion, der nun über ein Jahrzehnt kontinuierlich anhält, um mehr geht, als mancher Linke bei Beginn der Debatte wohl annahm. Es sind weder ultrakonservative Traditionalisten, die um Elemente verblassender Kindheitserinnerung bangen, noch fundamentalistische Sektenangehörige, die sich gegen jeden von Außen kommenden Einfluss sperren. Neben den häufig genug gehörten sportpolitisch-pragmatischen Argumenten, wonach das Grünwalder Stadion das meistgenutzte Stadion Bayerns und für den gehobenen Amateurfußball in München damit unverzichtbar ist, zeigte sich erneut, dass es auch um ein Stück städtischer Kultur geht. Es geht um Artikulationsmöglichkeiten für einen in der Stadt vorhandenen Teil der Münchner Bevölkerung, eine bestimmte Art sozialer Teilhabe, die mit der vollständigen Preisgabe an den kommerziellen Sport einfach vernichtet wäre. Es geht um eine städtische Entwicklungspolitik und Bauleitplanung, die nicht mit leichter Hand Bedürfnisse bestehender Segmente der Stadtbevölkerung streichen kann. Es geht darum, die Stadtverwaltung zu zwingen, sich mit denen, in deren Auftrag sie tätig wird, auseinanderzusetzen und damit nicht zuletzt um die Verankerung emanzipatorischer Handlungsweisen in der Stadtpolitik. Anderenfalls wäre es nicht denkbar, dass sich eine Bewegung für ein scheinbar begrenztes Anliegen in scheinbar aussichtsloser Position über ein Jahrzehnt hält. Das hohe Niveau, auf dem die Gegner des Abrisses seit langem argumentieren und das auch in dieser Zeitung mehrfach dokumentiert wurde, spricht für sich und gegen die Annahme einer populistischen Zusammenballung.

Der Sportausschuss des Münchner Stadtrates hat am 14.5.2008 die Bereitstellung von 800.000 Euro für bauliche Maßnahme am Stadion beschlossen und so die Fortdauer des Spielbetriebes bis mindestens 2010 ermöglicht. Dies gibt Hoffnung für die Entwicklung eines Konzeptes für die dauerhafte Erhaltung und Nutzung eines wichtigen Stücks München. Dass dies in erster Linie nun der zweiten Mannschaft des FC Bayern zu verdanken ist, die im Gegensatz zur Reserve der Löwen den Aufstieg in die neue dritte Liga geschafft und dies auch bereits früh angedeutet hatte, mag manchen ebenso ein wenig irritieren wie den Verfasser. Aber die Aussicht wenigstens durch sie Traditionsvereine wie Union Berlin oder ggf. Fortuna Düsseldorf im Sechziger zu haben, mag auch mit den Besuchern der „Hermann-Gerland-Kampfbahn“** etwas versöhnlicher stimmen.

J.K.

* Dieser Artikel erschien zuerst in den „Münchner Lokalberichten (mlb) Nr. 11/29.5.08)

* So der Name des Grünwalder Stadions bei den Anhängern des FC Bayern, die regelmäßig die Spiele ihrer Amateure dort austragen. In Anlehnung an Herman Gerland, der seit ca. dem Westfälischen Frieden der Trainer der 2. Mannschaft des FC Bayern ist.

Landtagswahlkampf in Bayern zum Schwerpunkt der Faschisten erkoren

Über ein rls-Werkstattgespräch* mit dem AIDA-Archiv berichtet Johannes Kakoures

Zum mittlerweile 7. Werkstattgespräch des Kurt-Eisner-Vereins hatte dieser am 3. Juni zwei Referenten einer der verdienstvollsten Initiativen in München eingeladen. Markus und Tobias von der antifaschistischen informations-, dokumentations- und archivstelle München e.V., besser unter der Abkürzung aida-archiv bekannt, sollten ihre Arbeit und aktuelle Tendenzen in der extremen Rechten in Bayern darstellen.

AIDA-Archiv – Der Verein

Angesichts der Leistungen, die das aida-archiv für die antifaschistische Arbeit bislang erbracht hat, fiel die Selbstvorstellung ungewöhnlich bescheiden aus. Sie erfolgte durch einen fünfminütigen Film, der anlässlich der Verleihung des Preises „Münchner Lichtblicke“ gedreht wurde. Der Preis wird vom Verein Lichterkette e.V., dem Münchner Ausländerbeirat und der Landeshauptstadt alljährlich für besondere Verdienste um ein friedliches Zusammenleben in der Stadt verliehen.

Gegründet 1990 im Zuge des sich im Zusammenhang mit der Wende anbahnenden Wiedererstarkens faschistischen Gedankengutes, sieht es der Verein v.a. als seine Aufgabe an, Hintergrundinformationen zu den agierenden Personen, Organisationen und Entwicklungen am rechten Rand zu recherchieren und dokumentieren. Hierfür sei die Mithilfe jedes Einzelnen notwendig. Auch scheinbar unbedeutende Dokumente, wie ein Nazi-Aufkleber, könnten helfen, neue Tendenzen in der rechtsextremen Theorie und Propaganda zu erkennen. So sei es nur durch Informationen einzelner Bürger gelungen, einer Naziband deren Übungsraum in München-Allach zu entziehen. Die gewonnenen Informationen werden Schulinitiativen, Jugendinstitutionen und sonstigen Multiplikatoren zur Verfügung gestellt. Besondere Aufmerksamkeit erlangte diese Tätigkeit im Zusammenhang mit dem geplanten Bombenanschlag auf die Eröffnungsfeier des Neubaus der Münchner Synagoge, der damals bundesweit durch die Schlagzeilen ging. Hier sei es gelungen, die Presse mit Bildmaterial und Hintergrundwissen zu versorgen.

Bayerische Zustände – Unangenehme wissenschaftliche Studien

Wie wichtig die Arbeit des Archivs ist, wurde in

* Im November vorigen Jahres startete diese neue Veranstaltungsreihe in München. In loser Folge werden verschiedenste politische Themen mit kompetenten Referentinnen und Referenten aufgerufen. Veranstalter ist das Regionalbüro München der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mehr dazu auf der Webseite des Kurt-Eisner-Vereins – Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern www.kurt-eisner.de

► dem folgenden, mit Bildmaterial und Originaldokumenten untermauerten Referat deutlich, das die Planungen der NPD zum bevorstehenden Landtagswahlkampf skizzierte. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Wahlkämpfen in Hessen und Niedersachsen, für die die NPD jeweils nur wenige Tausend Euro zur Verfügung stellte, sieht sie in Bayern eine reale Chance, in den Landtag einzuziehen. Sie hat daher Bayern zum Schwerpunktwahlkampf erklärt. Ihre Hoffnung kann die NPD dabei nicht nur historisch begründen, schließlich gelang ihr hier bereits 1966 mit einem Wahlergebnis von 7,4% und dem damit erreichten Einzug eins der besten und mittlerweile fast in Vergessenheit geratenen Ergebnisse der faschistischen Bewegung in der alten BRD. Auch neuere, beunruhigende Studien belegen wissenschaftlich, dass rechtsextremes Gedankengut in Bayern auf besonders gut gedüngten Boden fällt. Sowohl die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitete und unter dem Titel „Vom Rand zur Mitte“ publizierte Arbeit von Oliver Decker und Elmar Brähler wie auch das im Suhrkamp-Verlag in der Reihe „Deutsche Zustände“ veröffentlichte Werk von Wilhelm Heitmeyer stellen eine unerwartet hohe Zustimmung zu typisch rechtsextremen Aussagen fest. Bundesweit findet etwa die Behauptung „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ eine Akzeptanz von ca. 60%.

Für Bayern ist insbesondere die Häufung von Menschen mit geschlossen rechtsextremem Weltbild bemerkenswert. Damit ein solches angenommen wurde, mussten die Teilnehmer an einer der Studien bei allen Indikatoren, worunter etwa auch das Bedürfnis nach einer starken politischen Führerfigur fiel, jeweils den Höchstwert erreicht haben.

Da die Befragungen in Form von Interviews durchgeführt wurden, konnte die Herkunft der Beteiligten ermittelt werden, wobei 800 Befragte aus Bayern kamen. Für sämtliche Bundesländer wurde auf eine repräsentative Auswahl geachtet, so dass mit der Zahl von 14,3% Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild in Bayern gegenüber 8,6% im Bundesgebiet ein tatsächliches Gefälle als erwiesen gelten kann. Lediglich einige ostsächsische Provinzen erzielten vergleichbare Ergebnisse.

Ein Unterschied zu rechtsextremistischen Einstellungen im Osten, die wesentlich durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geprägt seien, liege jedoch in dem in Bayern deutlich stärker vorhandenen Antisemitismus. Es sei daher damit zu rechnen, dass die NPD hier einen Schwerpunkt auf antijüdische Hetze legen werde. Ansätze hierfür bestehen in der seit geraumer Zeit zu beobachtenden antiisraelischen Bezugnahme auf die Konflikte im nahen Osten, etwa durch das Mitführen palästinensischer Fahnen auf Nazi-Demos, wie auch im Aufrechterhalten und Entwickeln typisch antisemitischer Verschwörungstheorien. So wurde etwa verbreitet, der Anschlag auf den Synagogenbau in München sei durch den damaligen Innenminister Beckstein selbst geplant worden, um von anderen Problemen abzulenken.

Der positive Bezug auf arabische Bewegungen, der auch in einer plakativen Unterstützung des iranischen Staatschefs Ahmadinedschad aufgrund dessen Holocaust-Leugnung und atomaren Bedrohung Israels zum Ausdruck kommt, wird die Nazis jedoch nicht hindern, auch weiterhin antiislamische Ressentiments zu nutzen und zu fördern. So wurden Flugblätter gegen den Moscheebau in München-

Sendling mit Ausnahme des Ortsnamens unverändert bei vergleichbaren Projekten in Baden-Württemberg verwendet.

NPD sieht Zerfall des etablierten Parteiensystems als Chance

Bei Betrachtung der Studien fällt auf, dass bisherige Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien das tatsächlich vorhandene Potential, von Ausnahmen abgesehen, nie ausschöpfen konnten. Ein weiterer Grund für die NPD, gerade in Bayern Hoffnung zu schöpfen, liegt daher darin, dass sie in der vermeintlichen Krise der CSU eine Chance für sich wittert. Die CSU, der es bislang schließlich immer gelungen ist, äußerst rechte Potentiale zu binden, hat der NPD jedoch nicht nur durch eigene Zerfallsprozesse Auftrieb gegeben. Ihre rassistische Kampagne im Kommunalwahlkampf, in welcher sie den Angriff zweier Jugendlicher auf einen Rentner in der Münchner U-Bahn zur Stimmungsmache gegen Ausländer nutzte und den Startschuss für eine vergleichbare Hetze Roland Kochs in Hessen gab, hat den Einzug einer NPD-Tarnliste in den Münchner Stadtrat erst ermöglicht. Durch diese Kampagne wurden verdeckte Ressentiments hoffähig gemacht und die Unterschrift für die Faschisten von der Autorität der staatstragenden Partei in Bayern gedeckt. Der Kommunalwahlkampf der Rechtsextremen lehnte sich an die vorgegebene Stimmung durch einen ausgesprochen aggressiv-fremdenfeindlichen Wahlkampf an. So wurde auf Plakaten offen mit der Parole „Kriminelle Ausländer raus“ vor dem Hintergrund einer Gruppe ausländischer Jugendlicher geworben.

Dass eben dies erfolgreich war, veranlasst die NPD, diesen Stil auch im Landtagswahlkampf fortzusetzen, so dass mit einer unverblümt vorgetragenen ausländerfeindlichen Hetze zu rechnen ist. Dafür spricht auch, dass der, durch diesen aggressiven Wahlkampf in den Stadtrat geschwappte Karl Richter, als Spitzenkandidat zumindest für Oberbayern vorgesehen ist.

Allerdings zeigen die Studien sehr deutlich, dass nicht nur das konservative Lager Potential für die Faschisten bereit hält. Vielmehr verteilten sich die Werte rechtsextremer Positionen fast gleichmäßig über die Wähler aller Parteien. Lediglich die Grünen verzeichneten bundesweit einen unterdurchschnittlichen Wert, für Bayern gilt dies für die FDP. Als besondere Herausforderungen wird von den Nazis der Erfolg der Partei Die LINKE gesehen, wobei sie davon ausgeht, dass es in den Überzeugungen der Wähler Berührungspunkte gibt. Mit bereits gedrucktem Infomaterial der NPD konnte gezeigt werden, dass die NPD mit sozialen Forderungen gezielt auch von der LINKEN Stimmen abwerben will. Ist die Parole „Sozial geht nur national“ als solche noch recht eindeutig zu identifizieren, dürfte manchem bei Forderungen nach Abschaffung der Leiharbeit eine Unterscheidung schwer fallen. Daneben ist auch mit Versuchen zu rechnen, die Friedensfrage in nationalistischer Hinsicht umzudrehen und durch antiamerikanische Propaganda Schnittpunkte herzustellen. So gab es bei den Nazis u.a. Diskussionen, sich am Erdinger Friedensmarsch zu beteiligen, sowie Versuche, sich in die Bewegung gegen den Truppenübungsplatz in Grafenwöhr einzureihen, wobei durch die Forderung „fremde Truppen raus“ der Zusammenhang zur faschistischen Ideologie gebildet wird. Ein weiterer Anknüp- ►►

Eine a.i.d.a.-Informationsveranstaltung über die Pläne der NPD bei der Landtagswahl, die am 13. Juni 2008 im Kafe Marat stattfand, hatte die Münchner Neonaziszene zum Anlass genommen, zu einer Hetzkundgebung gegen das a.i.d.a.-Archiv aufzurufen. Die so genannten „Freien Nationalisten München“ um Mike Nwaiser und Philipp Hasselbach wollten die Neonazis für Freitag 13.6. von 20 bis 22 Uhr vor das Kafe Marat im ehemaligen Tröpferlbad mobilisieren. Durch Bescheid des KVR wurde die NPD-Veranstaltung auf den einige hundert Meter entfernten Goetheplatz verlegt. Am Freitag versammelten sich vor dem Kafe Marat ungefähr 300 überwiegend junge Leute zur antifaschistischen Solidaritätskundgebung. Viele von ihnen zogen später zum Goetheplatz, um Gegenöffentlichkeit zu der Hetzkundgebung der NPD (laut Polizeibericht ca. 100) zu schaffen. Für die LINKE Stadtratsgruppe sprach Brigitte Wolf, hier im Bild mit der Moderatorin der Kundgebung.

„Die NPD und ihre Tarnorganisationen müssen verboten werden“

Von Brigitte Wolf

Beitrag von Brigitte Wolf (Konzept) bei der Solidaritätskundgebung vor dem Kafe Marat, 13. Juni 2008:

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Freunde, vor einigen Jahren musste ich im Stadtrat erleben, wie der damalige Vertreter der Republikaner scheinheilige Reden über das Sicherheitsrisiko führte, das angeblich der Synagogenbau für die Anwohner bedeute. Gleichzeitig unterhielt er Kontakte zu einem Milieu, das diese Reden als Aufforderung begriff und die Grundsteinlegung der Synagoge sprengen wollte. Dieser Mann hatte sich übernommen. Er scheiterte politisch. Nun erleben wir einen neuen Mann, Stadtrat Richter, der auf einer von der CSU losgetretenen Welle ins Rathaus gespült wurde. Und wieder geht es darum, den Biedermann zu markieren, Ziele zu benennen und gleichzeitig ein Milieu zu pflegen, das die gewünschten Taten ausführt. Die Arbeit von A.I.D.A. München, dem Antifaschistischen Informations- und Dokumentationsarchiv, verschafft in unserer Stadt und Region vielen Menschen die Möglichkeit, Naziaktionen und -propaganda entlarven und nachweisen zu können. Deshalb sind die Nazis auf die Idee verfallen, A.I.D.A. direkt einzuschüchtern. Dies muss die Solidarität von uns allen, der ganzen Stadt herausfordern. Mit der heutigen Aktion zeigen wir, dass wir uns nicht einschüchtern lassen.

Liebe Freunde, ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu einer offensiven Auseinandersetzung mit den scheinheiligen Parolen der Nazis aufzurufen, die gründlich geführt werden muss. Die NPD stellt sich in diesen Monaten immer offener in die Tradition des Nationalsozialismus. Sie wird im Landtagswahlkampf mit der Losung auftreten: „Sozial geht nur National“. Die Aussage ist um 180 Grad falsch. Sozial geht heute, in der modernen Welt der schnellen Kommunikations- und Verkehrsmittel, nur international.

Schon zur Zeit Hitlers war die Idee des „Nationalen

Sozialismus“ sachlich unhaltbar. Die Nazis brauchten diese Idee, um ihre Absicht, Deutschland auf Kosten der Welt leben und herrschen zu lassen, zu verschleiern. Weil schon damals die wirtschaftlichen Beziehungen international verflochten waren, war die nationalsozialistische Herrschaftsvorstellung nicht auf Deutschland beschränkt, es ging unvermeidlich um einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Die Nazis errichteten über Europa bis hinein nach Asien und Afrika eine terroristische Ordnung, die durch Protektorate, unterworfenen Gebiete, entrechtete Menschen und Vernichtungslager organisiert wurde. Es ist wichtig zu begreifen, dass eine solche Ordnung der Welt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Aber es ist auch wichtig zu verstehen, dass die Gegenkräfte stärker sind. Die Nazis scheiterten letztendlich an der Entschlossenheit der übrigen Welt.

Heute nimmt der nationale „Sozialismus“ einen neuen Anlauf. Und schon seine ersten Schritte sind Verbrechen gegen die Menschenrechte. Während sie Niemandem helfen, greifen sie Andere an. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, das prägt ihre Aktionen.

Liebe Freunde, Ausgangspunkt für die frechen Dreistigkeiten der

Nazis ist die Weigerung der staatlichen Instanzen, das Verbot der NPD voranzutreiben. Die NPD treibt es immer toller, Tarnlisten wie die BIA sind eine Verhöhnung der rechtlichen Ordnung. Die Verbrechen, die im Kontext derartiger Propaganda vorfallen und die durch organisatorische Verflechtungen nachweisbar sind, reichen für ein Verbot voll aus.

Minister und Parteien, alle, die sich in dieser Situation weigern, erneut ein Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten, werden zu Mitschuldigen. So wie ihre Spitzel in diesen Organisationen schon längst schuldige Verbrecher geworden sind. Das muss aufhören.

Die NPD und ihre Tarnlisten müssen verboten werden – das ist unser gemeinsames Ziel. ■



fungspunkt findet sich, fast schon traditionell, in der Globalisierungskritik. Hier hat die NPD mit dem Slogan „Global dient dem Kapital“, eine geschickte Formulierung gefunden. Besonders beunruhigend in diesem Zusammenhang sind Planungen der NPD, auf eigene Veranstaltungen weitgehend zu verzichten und ihre Akteure auf Veranstaltungen der politischen Gegner zu schicken. Ob alle KandidInnen, auch die der LINKEN, theoretisch und praktisch hinreichend ausgebildet sind, um derartige Angriffe früh zu erkennen und abwehren zu können, darf an dieser Stelle bezweifelt werden. Jedenfalls stellt das Aida-Archiv auf seiner Website einen Leitfaden zum Umgang mit rechtsextremistischen Provokateuren zur Verfügung.

Praktisch gut aufgestellt

Neben den geschilderten guten ideologischen Bedingungen ist die NPD in Bayern leider wohl auch praktisch gut aufgestellt. So bildet Bayern den größten Landesverband innerhalb der Partei. Es ist der NPD problemlos gelungen, in allen 91 Wahlkreisen Direktkandidaten aufzustellen. Kämpfe zwischen der Partei und den sich im Umfeld bewegenden freien Kameradschaften, wie sie aus anderen Bundesländern bekannt sind, gibt es so gut wie gar nicht, und auch finanziell steht der Landesverband im Gegensatz zu anderen gesichert da. Lediglich die vor allem aus den östlichen Bundesländern bekannte Taktik, sich durch Kinder- und Familienfeste einen bürgerlichen Anstrich zu geben, steckt in Bayern noch in den Kinderschuhen, auch wenn Ansätze vorhanden sind.

Kein Geheimnis ist, dass es den Nazis auch gelungen ist, sich hinsichtlich ihres Erscheinungsbildes zu flexibilisieren. Auch in Bayern sind Nazi-Skinheads mittlerweile die Ausnahme. Vielmehr kopieren die Kameradschaften Elemente der Jugendkultur, wie sie von linken Autonomen geprägt wurden. So lassen sich bei Nazi-Aufmärschen nicht nur schwarze Kapuzenpullis, sondern auch Che-T-Shirts finden. Allgemein ist zu beobachten, dass die Nazis in ihr Auftreten aufnehmen, was nur irgendwie werbend wirkt. Mittlerweile gibt es nicht nur hekömmliche Schmierereien an den Wänden, vielmehr wird auch die Graffiti-Kultur vereinnahmt.

Persönliche Einschüchterung als politische Strategie

Wie sehr die NPD sich in die Tradition des historischen Nationalsozialismus stellt, wird nicht nur an der Verwendung des Begriffs „nationaler Sozialismus“ auf T-Shirts und Transparenten deutlich, sondern auch in der historisch überkommenen Taktik der persönlichen Einschüchterung und des direkten Angriffs auf politische Gegner. So wurde eine Kundgebung abgehalten, die sich gegen die Person des Münchner Vorsitzenden des Kreisjugendrings richtete. Kann man diese noch als Misserfolg bezeichnen, da sie mit geringer Beteiligung und weitgehend ohne äußere Wahrnehmung ablief, steht nun Anderes zu befürchten. Für den 13.06. kündigte die NPD eine Kundgebung gegen eine Veranstaltung des aida-archivs im Kafe Marat unter dem Slogan „aida-Archiv verbieten“, an um damit gleichzeitig zwei Institutionen fortschrittlicher Selbstorganisation anzugreifen (siehe auch Kasten auf Seite 15, *ml*). Nicht nur aus diesem Anlass verdient das aida-archiv die vollste Unterstützung jeder Demokratin und jedes Demokraten. ■

Deutsch-Tschechisches

Aus Anlass des 70. Jahrestages des Münchner Diktats vom 29.

Programm

Freitag, 10. Oktober

18 Uhr: Begrüßung und Vorstellung der Teilnehmer
– Gemeinsames Abendessen (Buffet)
Anmerkungen zur böhmischen und bayerischen Küche. Von DR. MARTIN FRANC, Historiker, Prag.
ORT: Kurt-Eisner-Verein (Regionalbüro der Rosa Luxemburg Stiftung)

Samstag, 11. Oktober

9 Uhr – 12 Uhr: Wir zeigen unseren tschechischen Gästen ein Stück des heutigen München und erinnern an verschiedene Ereignisse der gemeinsamen Geschichte.
TREFFPUNKT: Vor dem CVJM-Gästehaus, Landwehrstraße 13
12 Uhr – 13 Uhr: Mittagessen in der Nähe des Königsplatzes
14 Uhr – 15.30 Uhr: Gang über den Königsplatz (Kultstätte der Nazis; Bücherverbrennung 1933; künftiger Standort des geplanten NS-Dokumentationszentrums) — Besichtigung der

Gleiche Motivation für Holocaust und Umsiedlung?

Neues DTN-Dossier kritisiert geschichtsrevisionistische Auffassungen

Eine Lektüreempfehlung von Renate Hennecke

„Die ‚Holocaustisierung des Flucht-und-Vertreibungsdiskurses‘ – Historischer Revisionismus oder alter Wein in neuen Schläuchen?“ lautet der Titel eines Aufsatzes von Eva und Hans Henning Hahn, dessen deutsche Fassung kürzlich von der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten in der Reihe DTN-Dossiers veröffentlicht wurde. Der Titel lässt stutzen: „Holocaustisierung“ – was soll denn das sein? Die Autoren – die seit langem in der BRD lebende Historikerin Eva Hahn ist gebürtige Pragerin, Hans Henning Hahn, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, ist Spezialist für die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn – haben den Begriff von dem Mainzer Kulturwissenschaftler Andreas F. Kellertat übernommen. Dieser kritisiert damit eine Entwicklung im öffentlichen Diskurs der BRD, die in den letzten Jahren immer deutlicher sichtbar geworden ist. Gemeint ist eine angeblich neue Sicht auf die jüngere Vergangenheit, die sich in der Charakterisierung des 20. Jahrhunderts als „Jahrhundert der Vertreibungen“ niederschlägt. Dabei werden verschiedenste historische Geschehnisse in eine Reihe gestellt: der Völkermord an den Armeniern 1915, der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei 1923, die Auswanderung von Deutschen aus dem wiedererrichteten polnischen Staat

Wochenende – „Für eine gute Nachbarschaft“

September 1938 • Vom 10. – 12. Oktober 2008 in München • Veranstaltungsort: Kurt-Eisner-Verein, Westendstr. 19, 80339 München

heutigen Musikhochschule (ehemals Führerbau) einschließlich des Saales, in dem 1938 das Münchner Diktat unterzeichnet wurde — Vorstellung der Stolpersteininitiative und Informationen über die provisorische Verlegung von Stolpersteinen in der Eingangshalle der Musikhochschule sowie über die tschechischen Antifaschisten Gebhard Jiru und Karel Mervart, für die Stolpersteine geplant sind

15.30 Uhr – 17 Uhr: Möglichkeit zum gemeinsamen Besuch einer Münchner Gemäldegalerie in der Nähe des Königsplatzes

Abends: Zeit zum weiteren Kennenlernen, gemeinsamen Biertrinken, Diskutieren, Erholen etc.

Sonntag, 12. Oktober

9 Uhr – 11 Uhr: „Aktuelle Probleme in den Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien im Lichte des europäischen Dialogs“. Referenten: N.N., Vertreter von SPED; Martin Fochler (Kurt-Eisner-Verein). ORT: Kurt-Eisner-Verein

11 Uhr – 12 Uhr: Auswertung des Wochenendes, Ausblick auf die weitere Zusammenarbeit. ORT: Kurt-Eisner-Verein

12 Uhr – 13 Uhr: Mittagessen, Ende der Tagung

ANMELDUNG UND BEITRAG: Teilnehmerbeitrag: 40€ für die gesamte Tagung einschließlich Führungen, Essen etc., ermäßigt 20€ für Hartz-IV-Empfänger, Schüler, Studenten, Arbeitslose, bei Anmeldung bitte einzahlen auf das Konto: Kurt-Eisner-Verein, Konto Nr. 714395807 Postbank München, BLZ 700 100 80

SPENDEN: Spenden für die Tagung sind erwünscht, unter dem Kennwort „Gute Nachbarschaft“ auf das oben angegebene Konto des KEV.

ANMELDUNG bis spätestens 10.9.2008 bei Lili Schlumberger-Dogu (verantwortlich für die Organisation der Tagung) mit Angabe von Namen und Adresse unter der Mail-Adresse lilischlumberger@aol.com oder der Postadresse Lili Schlumberger-Dogu, Schleißheimer Str. 32B, 85221 Dachau.

Diese Tagung wird veranstaltet von: Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung e.V. (KEV) – Die Rosa Luxemburg Stiftung in Bayern in Zusammenarbeit mit Společnost pro Evropský Dialog (SPED – Gesellschaft für europäischen Dialog) und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten (DTN). Sie wird von der LINKEN Stadtratsgruppe, Stadträtin Brigitte Wolf, gefördert.

V.i.S.d.P.: Lili Schlumberger-Dogu, Schleißheimer Str. 32B, 85221 Dachau

nach dem Ersten Weltkrieg, die Umsiedelungen in der Sowjetunion, die sog. ethnischen Säuberungen in den jugoslawischen Sezessionskriegen der 1990er Jahre, die Verbrechen der Nazis und – eben die „Vertreibung“ der meisten Deutschen aus mehreren osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihnen allen wird eine gemeinsame Motivation angedichtet: Angeblich wurzelten sie allesamt in der „Wahnidee des Nationalismus“, die ganz Europa im 19. und 20. Jahrhundert beherrscht habe, und dienten alle dem Ziel der Herstellung „ethnisch homogener Nationalstaaten“. Gesprochen wird von einem „Irrweg, den sich Europa gemeinsam geleistet hat“ (Bundestagspräsident Norbert Lammert),

DTN-Dossier Nr. 8 Die „Holocaustisierung des Flucht-und-Vertreibungs- diskurses“

Historischer Revisionismus oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Von Eva Hahn und Hans Henning Hahn

Herausgegeben von der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten (DTN)

28 Seiten DIN A5, 2 Euro + 0,85 Euro Porto (bei Bestellung bitte 2,85 in Briefmarken beilegen).

Zu beziehen über: GNN Verlag Süd GmbH, 70327 Stuttgart, Stubai Str. 2. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

und das Ganze wird als „europäische Sicht“ ausgegeben.

Dagegen stellen Eva und Hans Henning Hahn ihre These: „Wenn man das Naziregime als Teil einer normalen europäischen Praxis und den Holocaust als brutale Variante akzeptierter krimineller Praktiken interpretiert, dann stellen die Vertreibungen eine Folge derselben Ideen und derselben Praxis dar wie der Holocaust.“ Während sich heute in der BRD niemand (außer den offenen Nazis) erlauben würde, den Holocaust und die große Umsiedelung am Ende des zweiten Weltkrieges gleichzusetzen, seien auf diese Weise angebliche Ähnlichkeiten zwischen beiden „zum zentralen Thema des neuen Schreibens über die Vertreibungen geworden“. Das sei nicht bloß eine Aufwärmung von Sichtweisen über die Umsiedelung der Deutschen, wie sie bereits in den 1950er Jahren im Schwange waren, sondern beinhalte eine gravierende Uminterpretation des deutschen Faschismus: Nicht die deutschen Verhältnisse seien es nach dieser Lesart, die den Nazismus hervorgebracht haben, sondern „Europa“ als Ganzes werde dafür verantwortlich gemacht. Der Aufsatz, der auf einem Vortrag bei einem Internationalen Workshop zum Thema „Geschichtsrevisionismus in Ostmitteleuropa nach 1989“ in Prag basiert, verfolgt die Entwicklung des geschilderten Diskurses anhand zahlreicher Äußerungen und beleuchtet insbesondere die Rolle, die – neben Erika Steinbach und dem Bund der Vertriebenen mit seiner Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ – auch Autoren wie Götz Aly oder Norman M. Naimark dabei spielen.

Die Veröffentlichung wurde im Rahmen des Projekts „München gegen Münchner Abkommen“ von der LINKEN München – Politische Gruppe im Stadtrat gefördert.

Liste unserer Kandidat/inn/en bei der Landtagswahl

- 1: Schmalzbauer, Fritz, 61, Dipl. Sozialökonom, Rosenheim
- 2: Gohlke, Nicole, 33, Kommunikationswissenschaftlerin
- 3: Maxim, Uschi, 41, Dipl. Sozialpädagogin, Ingolstadt
- 4: Dr. Kaiser, Eckhardt, 61, Arzt f. Allgemeinmedizin, Freising
- 5: Leininger, Thekla, 51, Bürokauffrau
- 6: Kurz, Peter, 65, Lehrer i.R.
- 7: Ratzinger, Negin, 25, Auszubildende
- 8: Graf-Linseis, Margit, 51, Dipl. Ingenieur, München
- 9: Knöchner, Sieglinde, 55, Ing. Ökonomin
- 10: Hahn, Elke, 46, Gewerkschaftssekretärin
- 11: Eichner, Natascha, 41, Studentin
- 12: Hahn, Hans, 62, Rentner
- 13: Steinwachs-Richter, Barbara, 67, Rentnerin
- 14: Fischer, Karsten, 40, Regisseur
- 15: Finsterle-Häbler, Petra, 56, Gymnastiklehrerin
- 16: Morsack, Sebastian, 23, Berufsschüler
- 17: Dr. Siebe, Michael, 48, Kunsthistorikerin
- 18: Sattler, Lothar, 52, Rentner
- 19: Schmidl, Hermine, 70, Rentnerin
- 20: Peicker, Christian, 24, KFZ-Mechaniker
- 21: Städele, Michaela, 39, CAD-Konstrukteurin
- 22: Steiner, Rudi, 44, Kameramann
- 23: Putz, Jolanda, 70, Rentnerin
- 24: Aschenbrenner, Peter, 40, Bankkaufmann
- 25: Wollner, Valerie, 71, Sprachlehrerin
- 26: Eckl, Werner, 51, Übersetzer
- 27: Bernardi, Eva, 61, Dolmetscherin
- 28: Brym, Max, 51 Bürokaufmann
- 29: Selke, Marianne, 60, Dipl. Physiker
- 30: Lindner, Manfred, 55, Dipl. Sozialpädagoge
- 31: Stolle, Norbert, 50, Busfahrer
- 32: Steininger, Max, 28, Student
- 33: Obermeier, Sepp, 53, Techniker
- 34: Steiner, Manfred, 54, Kaufmann
- 35: Moll, Christian, 49, Fotograf
- 36: Schleipfer, Josef, 57, Rentner
- 37: Hintze, Henning, 66, Journalist
- 38: Prof. Dr. Schatzschneider, Wolfgang, 63, Hochschulprofessor, Rechtsanwalt
- 39: Thomas, Wolfgang, 50, Kraftfahrer
- 40: Bury, Dieter, 57, Bauingenieur
- 41: Greger, Günter, 70, Rentner
- 42: Bachmann, Karl-Heinz, 72, Rentner
- 43: Stey, Oliver, 44, Taxifahrer
- 44: Peter, Andreas, 34, Sachbearbeiter
- 45: Frisch, Michael, 51, Bereichsleiter Dienstleistungen
- 46: Dr. Braun, Harald, 64, Chemiker
- 47: Schwab, Gustav, 52, Servicetechniker
- 48: Wanger, Helmut Dieter, 44, Bäcker
- 49: Mende, Axel, 47, Fachinformatiker
- 50: Albrecht, Martin, 59, Softwareentwickler
- 51: Peters, Reinhard, 62, Wirtschaftsjournalist
- 52: Seidel, Wolfgang, 39
- 53: Posch, Franz, 47, Betriebswirt
- 54: Lindlmaier, Thomas, 40, Landwirt
- 55: Schmidmeier, Christoph, 40, Kraftfahrer
- 56: Walther, Siegfried, 68, Rentner
- 57: Heidrich, Jens, 45, Elektriker

Liste unserer Kandidat/inn/en bei der Bezirkstagswahl

- 1: Jenker, Beate, Bewegungstherapeutin, München
- 2: Schindlbeck, Albert, Freigest. Betriebsrat, Freising
- 3: Hofer, Lena, Studentin, München
- 4: Wagner, Andreas, Heilerziehungspfleger, Geretsried
- 5: Siemsen, Sabine, Studentin, München
- 6: Dr. Weber, Klaus, Professor, München
- 7: Wollner, Valérie, Sprachlehrerin, München
- 8: Steininger, Max, Student, Ottobrunn
- 9: Fritsche, Nicole, Angestellte, München
- 10: Peters, Reinhard, Wirtschaftsjournalist, München
- 11: Pohlmann, Martina, Floristin, München
- 12: Hintze, Henning, Journalist, München
- 13: Held, Irmgard, Sachbearbeiterin, Freising
- 14: Kopf-Gonzalez, Wolfgang Reisebüroang., München
- 15: Hodek, Ulricke, Angestellte, Ingolstadt
- 16: Puckett, Curtis, Krankenpfleger, München
- 17: Kunte, Liane Frida, Angestellte
- 18: Ellböck, Günther, Küchenmeister, Ingolstadt
- 19: Putz, Jolande, Rentnerin, Riemerling
- 20: Sambs, Manfred, Freiberuflich, Ebersberg
- 21: Egerer, Maria, Rentnerin, Planegg
- 22: Sedlaczek, Ulrich, EDV-Berater, München
- 23: Fischer, Karsten, Regisseur, Mittelstetten
- 24: Lindlmaier, Thomas, Landwirt, Rosenheim
- 25: Posch, Franz, Betriebswirt, Olching
- 26: Weingärtner, Hans, Stahlformenbauer, Fuchstal
- 27: Sarkiss, Alfred, Dipl.-Kaufmann, Starnberg
- 28: Schmidmeier, Christoph, Kraftfahrer, Gerolsbach
- 29: Schmidt, Herbert, Feinmechaniker Bad Aibling
- 30: Maier, Bernhard, Rentner Peiting
- 31: Büchner, Florian, Pflegehelfer
- 32: Wurm, Engelbert, Angestellter, Obing
- 33: Wagner, Helmut, Gewerkschaftssekretär, Neuötting
- 34: Öttl, Michael, Arbeiter Traunstein
- 35: Eitner, Holger, Selbständig, Tittmoning
- 36: Ernst, Joseph Selbst. Kaufmann, Altomünster
- 37: Böcker, Wolfgang, Rentner, Erding

Der Bezirk Oberbayern ist eine in der Verfassung des Freistaates Bayern verankerte kommunale Gebietskörperschaft. Er erfüllt Aufgaben, die über die Zuständigkeiten der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte hinausgehen.

Verwaltet wird der Bezirk Oberbayern durch den alle fünf Jahre gleichzeitig mit dem Landtag gewählten Bezirkstag. Da der Bezirk Oberbayern über keine eigenen Steuereinnahmen verfügt, finanziert er sich über die bei den Landkreisen und kreisfreien Städte erhobene Bezirksumlage.

Hilfe für alte und behinderte Menschen: In erster Linie ist der Bezirk Oberbayern überörtlicher Sozialhilfeträger und damit zuständig für die Hilfe zur Pflege. Der Bezirk übernimmt hier die Differenzbeträge, wenn pflegebedürftige Menschen die Kosten für einen Platz im Pflegeheim trotz Pflegeversicherung nicht selbst aufbringen können. Auch Werkstätten und andere Einrichtungen für behinderte Menschen werden von den Bezirken über Pflegesätze finanziert. Diese so genannte „Eingliederungs-

Auf beide Stimmen kommt es an !

Was bei der Landtags- und Bezirkstagswahl in Bayern zu beachten ist – Von Ulrich Sedlacek

Der Wähler erhält bei der Wahl für den Landtag und den Bezirkstag insgesamt vier Stimmzettel:

– Mit der Erststimme für den Landtag kann er einen Direktkandidaten seines Stimmkreises (z.B. München-Bogenhausen) in den Landtag wählen. Wer im Stimmkreis die meisten Stimmen erhalten hat, kommt per Direktmandat in den Landtag. Die relative Mehrheit ist ausreichend.

– Mit der Zweitstimme kann er einen weiteren Kandidaten seines Wahlkreises in den Landtag wählen. Die Wahlkreise entsprechen den bayerischen Regierungsbezirken. München gehört somit zum Wahlkreis Oberbayern. Die Direktkandidaten des jeweiligen Stimmkreises werden dort nicht auf den Wahlkreislisten ihrer Partei gelistet. Sie können also auch in ihrem Wahlkreis nur höchstens eine Stimme pro

die Listenkandidaten für die Bezirkstags (z.B. von Oberbayern) gewählt. Das Wahlverfahren für die Bezirkstags entspricht dem Verfahren bei der Landtagswahl.

Im Gegensatz zur Bundestagswahl wird bei der Wahl des Landtags und des Bezirkstags die Erststimme bei der Gesamtsitzverteilung mitberücksichtigt. Erst- und Zweitstimmen werden zusammengezählt. Diese Gesamtstimmen bilden die Grundlage für die Sitzverteilung auf die einzelnen Wahlkreisvorschläge. Erst- und Zweitstimmen zusammen entscheiden also darüber, wieviele Sitze eine Partei in dem jeweiligen Parlament bekommt.

Die Stimmkreiseinteilung für die Landtags- und Bezirkstagswahlen ist identisch. In Oberbayern gibt es 29 Stimmkreise und damit je 29 direkt gewählte

Münchener Stimmkreise DIREKTKANDIDAT/IN/EN	»» Stimmkreis	»» Für den Landtag	»» Für den Bezirkstag
	101 München-Altstadt-Hadern	Schmalzbauer, Fritz, 61, Dipl. Sozialökonom,	Hofer, Lena, Studentin
	102 München-Bogenhausen	Gohlke, Nicole, 32, Kommunikationswissenschaftlerin	Peters, Reinhard, Wirtschaftsjournalist
	103 München-Giesing	Steiner, Rudi, 44, Kameramann	Puckett, Curtis, Krankenpfleger
	104 München-Milbertshofen	Dr. Siebe, Michael, 48, Kunsthistorikerin	Kopf-Gonzalez, Wolfgang, Angestellter
	105 München-Moosach	Stey, Oliver, 44, Taxifahrer	Siemsen, Sabine, Studentin
	106 München-Pasing	Graf-Linseis, Margit, 51, Dipl. Ingenieur	Jenker, Beate, Bewegungstherapeutin
	107 München-Ramersdorf	Eichner, Natascha, 41, Studentin	Sedlacek, Ulrich, EDV-Berater
	108 München-Schwabing	Brym, Max, 51, Bürokaufmann	Hintze, Henning, Journalist
	122 München-Land-Nord	Steininger, Max, 28, Student	Steininger, Max, Student
	123 München-Land-Süd	Hahn, Elke, 46, Gewerkschaftssekretärin	Egerer, Maria, Rentnerin

Wähler erhalten. Kreuzt der Wähler statt eines Bewerbers den Wahlvorschlag (Partei oder Wählergruppe) an, so wird der Stimmzettel dadurch nicht ungültig, sondern diese Stimme wird der betreffenden Partei zur Sitzverteilung zugerechnet. Die Reihenfolge innerhalb dieser Liste wird dadurch nicht beeinflusst.

– Mit der Erststimme für den Bezirkstag wird der Direktkandidat des Stimmkreises in den Bezirkstag gewählt.

– Mit der Zweitstimme für den Bezirkstag werden

Landtagsabgeordnete und Bezirksräte. Jeweils 29 weitere Parlamentsmitglieder werden über die Wahlkreislisten bestimmt.

Die Bezirkstags werden am gleichen Tag wie der Landtag für eine Wahlperiode von 5 Jahren gewählt. Im Gegensatz zur Landtagswahl wird jedoch bei der Wahl des Bezirkstags die Fünf-Prozent-Klausel nicht angewendet. Rein rechnerisch benötigt eine Partei jedoch mindestens ca. 1,75 % der Stimmen, um einen Sitz zu erhalten. Die Sitzverteilung erfolgt nach dem d'Hondt'schen Verfahren.

Die Aufgaben des Bezirkstag Oberbayern

hilfe“ hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen.

Psychiatrische und neurologische Versorgung.

Den zweiten Aufgabenschwerpunkt bildet die psychiatrische und neurologische Versorgung der oberbayerischen Bevölkerung. Dafür unterhält der Bezirk Oberbayern psychiatrische und neurologische Fachkrankenhäuser

Naturschutz. Die Bezirke sind Träger der regionalen Kulturarbeit. Zum kulturellen Erbe zählt neben Baudenkmälern auch die vom Menschen geformte Kulturlandschaft, zu deren Schutz und Pflege ein Verfassungsauftrag besteht.

Der Bezirk Oberbayern hat die Aufgabe, die Landschaften der Region mit ihrem Artenreichtum künftigen Generationen zu erhalten. Für das Jahr 2007 stellte der Bezirk z.B. rund 155.000 Euro für den Natur- und Landschaftsschutz und Naherholung zur Verfügung.

Nach dem Bayerischen Wassergesetz obliegt den Bezirken der Unterhalt und der Ausbau der Gewäs-

ser zweiter Ordnung. Das sind mittelgroße Flussläufe wie beispielsweise die Ilm im Landkreis Pfaffenhofen oder die Glonn im Landkreis Dachau. Aufgabengebiete des Bezirks sind die Pflege und der ökologische Ausbau der Gewässer sowie der Hochwasserschutz

Kultur- und Heimatpflege. Die Kultur- und Heimatpflege komplettieren das Spektrum der Bezirksaufgaben: Ein Heimatpfleger und ein Volksmusikpfleger kümmern sich um die Bewahrung und Weiterentwicklung überlieferter Traditionen der Region.

Bildungsarbeit. Der Bezirk Oberbayern ist Träger von Fach- und Sonderschulen, verschiedener Museen und des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seon. Fachberatungen für Fischerei und Imkerei sowie Aufgaben in den Bereichen Wasserwirtschaft und Landschaftsschutz runden die Zuständigkeiten des Bezirks ab.

Weitere Informationen unter www.bezirk-oberbayern.de

Die Geschichte vom Widerstand der Weißen Rose fordert Generation für Generation die Jugend zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem totalen Staat und der gleichgeschalteten Gesellschaft heraus. Der Film „Sophie Scholl – die letzten Stunden“ wurde bei der Berlinale 2005 preisgekrönt. Die Spuren dieser Geschichte im öffentlichen Raum zu sichern, ist Kultur. Die Stadtverwaltung sollte Werner Thiel, der die markante Stelle fand, danken, das Kulturreferat könnte sich freuen, dass ein aufgeschlossener Bezirksausschuss die Idee aufgegriffen. Aber irgendwo hakt es. Der „Haidhauser Anzeiger“ vom 18. Juni zitiert das Kulturreferat: andere Orte in München hätten „mehr Kontext als dieser Zaun“. Zwar heißt es auch, die Örtlichkeit solle in den Kulturgeschichtspfad Au-Haidhausen aufgenommen werden, aber es geht schon darum, ob der historische Zaun kenntlich bleibt oder abgeräumt wird und vielleicht ein Täfelchen zeigt, dass hier einmal was war. – Unten ein Bericht zur Sache aus den HN, ein Bild aus dem „Haidhauser Anzeiger“ mit Werner Thiel vor Ort sowie eine kurze Anmerkung aus den Münchner Lokalberichten zum Thema „Kontext“. *Brigitte Wolf*

Aus den Haidhauser Nachrichten, (HN), Ausgabe Juni 2008:

Kein Denkmal für Weiße Rose

Der Zaun entlang der Orleansstraße hat die Zeit überdauert. Vor einigen Jahren hat ein Münchner Bürger auf seine geschichtliche Bedeutung im Zusammenhang mit der Widerstandsgruppe Weiße Rose aufmerksam gemacht. Die Stadt München lehnt seine Anregung ab, an diesem geschichtsträchtigen Ort mit einem Denkmal an seine Bedeutung zu erinnern.

Die Weiße Rose entstand aus Freundschaften, aus denen Freundeskreise wurden. Sophie und Hans Scholl waren maßgeblich in der Weißen Rose aktiv. Im Frühsommer 1942 trat die Widerstandsgruppe gegen die Nazidiktatur erstmals mit Flugblättern an die Öffentlichkeit. Im Juli 1942 wurden Hans Scholl, Alexander Schmorell, Willi Graf, Jürgen Wittenstein und Hubert Furtwängler zum militärischen Einsatz an die Ostfront abkommandiert. Anlässlich des Abschieds am 23. Juli 1942 entstand eine der bekanntesten Photographien: Sophie Scholl verbringt mit ihren Studienfreunden die Zeit bis zur Abfahrt des Zuges zum Kriegseinsatz der Medizinstudenten.

Durch eine Denunziation wurden Sophie und Hans Scholl im Februar 1943 in der Münchner Universität beim Verteilen von Flugblättern festgenommen. Vier Tage nach ihrer Festnahme macht ihnen Roland Freister, Präsident des Berliner Volksgerichtshofs, im Münchner Justizpalast den Prozess. Zusammen mit Christoph Probst wurden die Geschwister zum Tode verurteilt. Noch am gleichen Tag wurden sie im Gefängnis Stadelheim hingerichtet.

Der Zaun, auf den historischen Photographien sichtbar, steht heute noch.



Juli 1942: Sophie Scholl verabschiedet ihren Bruder Hans Scholl und andere Mitglieder der Weißen Rose, die vom Ostbahnhof aus zu einem Fronteinsatz nach Russland abreisen. Seit mehreren Jahren fordert ein Münchner, an dem heute noch bestehenden Zaun an diesen Abschied zu erinnern. Bild: © George J. Wittenstein. – Der Zaun am Ostbahnhof steht immer noch.



Im März 2003 ergriff der Münchner Werner Thiel die Initiative und regte an, vor dem Zaun eine Stele mit den historischen Photos und Hintergrundinformationen zu errichten, zugleich den Zaun selbst künstlerisch einzubinden. Der Au-/Haidhauser Bezirksausschuss unterstützte diese Anregung, die Stadt München jedoch versagte ihre Unterstützung (HN 06/03 und 07/06). Der Bezirksausschuss wollte sich damit jedoch nicht abfinden und beantragte im Sommer 2006 erneut ein Denkmal am Zaun, bevor dieser womöglich abgerissen wird.

Vor kurzem wurde Herr Thiel erneut aktiv. „Weiße-Rose-Denkmal am Ostbahnhof – vor 5 Jahren beantragt, bis heute nichts geschehen“, stellt er kurz und knapp fest. „Obwohl die Anregung für ein solches Denkmal seit 2003 OB Ude und der Stadtverwaltung vorliegt, ist bis heute nichts geschehen, dieser Idee zu einer Umsetzung zu verhelfen.

Der Bezirksausschuss Au-Haidhausen hat 2003 und 2006 dieser Idee einstimmig seine Zustimmung erteilt. Verstreicht der 850. Geburtstag Münchens, ohne dass am Ostbahnhof den Widerständlern gegen Hitler eine ehrende Erinnerung zuteil wird?“

Auf unsere Anfrage teilte das städtische Kulturreferat mit, dass diese Anregung negativ entschieden wurde. Die Unterlagen befanden sich jetzt im städtischen Direktorium, so die Vertreterin des Referats. Aus dem Direktorium folgte die Bestätigung, dass „der Vorschlag an sich, ein eigenständiges Kunstwerk zu errichten, abgelehnt worden ist, man jedoch den Abschied am Ostbahnhofgelände in die Neuauflage des Kulturgeschichtspfades aufnehmen wolle“. Eine Begründung für die Ablehnung hat die HN bislang nicht erhalten. – Ob Herr Thiel über die städtische Entscheidung unterrichtet wurde, konnte der Mitarbeiter des Direktoriums, der nach seinen Worten mit der damaligen Angelegenheit nicht persönlich befasst war, nicht sagen.

anb, Juni 2008



Münchner Lokalberichte (mlb) 11/2008: Gerade die Bahn ist ein Beispiel, wie politische Entwicklungen aus zivilen Einrichtungen der modernen Gesellschaft hoheitlich-militärische und sogar Hilfswerkzeuge des Völkermords formen. – Die Erinnerung an den Einsatz der Bahn zur Deportation in die Vernichtungslager war nach langem Ringen mit der Bahn in den letzten Monaten Gegenstand einer Reiseausstellung. – Zu der Zeit der Truppentransporte, die auch die Mitglieder der Weißen Rose nach Osten in einen verbrecherischen Krieg beförderte, hatte die Bahn einen Werbefeldzug „Räder müssen rollen für den Sieg“ gestartet. Hier ein großes Spruchband in Berlin, am Potsdamer Bahnhof 1942.



Werner Thiel. Bildausschnitt aus dem „Haidhauser Anzeiger“ vom 18.6.2008